



HDI Pensionskasse AG auf einen Blick.

	2017	2016	+/- %
TEUR			
gebuchte Bruttobeiträge	101.712	112.903	-9,9
Neugeschäftsbeiträge (APE-Basis) ¹⁾	4.833	3.663	31,9
Bruttozahlungen für Versicherungsfälle	-39.713	-37.965	4,6
versicherungstechnische Nettorückstellungen ²⁾	1.769.672	1.644.394	7,6
Kapitalanlagen ³⁾	1.792.624	1.669.714	7,4
Ergebnis aus Kapitalanlagen ³⁾	65.905	56.189	17,3
Nettoverzinsung (in %)	4,0	3,7	

¹⁾ Annual Premium Equivalent (laufende Neugeschäftsbeiträge + 1/10 der Neugeschäfts-Einmalbeiträge)

²⁾ einschließlich Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

³⁾ einschließlich Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Inhalt.

2	Verwaltungsorgane der Gesellschaft
2	Aufsichtsrat
3	Vorstand
4	Lagebericht
4	Geschäftstätigkeit, Organisation und Struktur
4	Wirtschaftsbericht
10	Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
10	Risikobericht
17	Prognose- und Chancenbericht
22	Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (Anlage 1 zum Lagebericht)
24	Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen (Anlage 2 zum Lagebericht)
25	Versicherungsarten (Anlage 3 zum Lagebericht)
27	Jahresabschluss
28	Bilanz zum 31.12.2017
32	Gewinn- und Verlustrechnung
34	Anhang
53	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
54	Überschussbeteiligung
61	Bericht des Aufsichtsrats

Verwaltungsorgane der Gesellschaft.

Aufsichtsrat

Dr. Ulrich Joseph

Vorsitzender

Rechtsanwalt

Pinneberg

Michael Wrona

stellv. Vorsitzender (seit 14.3.2017)

(seit 1.1.2017)

Leitender Angestellter

der HDI Kundenservice AG

Tönisvorst

Alexandra Postert

Leitende Angestellte

der HDI Kundenservice AG

Köln

Vorstand

Ulrich Rosenbaum

Vorsitzender

Köln

Im Vorstand der HDI Pensionskasse AG verantwortlich für

- Rechnungswesen, Bilanzierung und Steuern
- Controlling
- Compliance
- Datenschutz
- Revision
- Risikomanagement
- Recht

Dr. Michael Pannenberg

Köln

Im Vorstand der HDI Pensionkasse AG verantwortlich für

- Vermögensanlage und -verwaltung
- Aktuarielles Controlling
- Rückversicherung
- Mathematik
- IT

Fabian von Löbbecke

(seit 1.4.2017)

Köln

Im Vorstand der HDI Pensionkasse AG verantwortlich für

- Vertrieb und Marketing
- Produktmanagement
- Underwriting und Kundenservice
- Geldwäschebekämpfung

Lagebericht.

Geschäftstätigkeit, Organisation und Struktur

Unternehmenspolitischer Hintergrund

Die HDI Pensionskasse AG ist Teil des Talanx-Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland. Ihr Sitz ist Köln.

Mit der Eintragung ins Handelsregister am 24.10.2014 wurde die HDI Pensionskasse AG rückwirkend zum 1.1.2014 auf die PB Pensionskasse AG verschmolzen und anschließend die PB Pensionkasse AG in HDI Pensionskasse AG umbenannt. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 3.9.2014 wurde der Sitz von Hilden nach Köln verlegt.

Gegenstand unserer Gesellschaft ist die Durchführung betrieblicher Altersversorgung im Wege einer überbetrieblichen Pensionskasse. Angeboten werden aufgeschobene Rentenversicherungen sowohl in der Form der beitragsorientierten Leistungszusage als auch in der Form der Beitragszusage mit Mindestleistung sowie Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und selbständige Berufsunfähigkeitsversicherungen.

Unsere Vertriebspartner

HDI hat die betriebliche Altersversorgung strategisch neu ausgerichtet. Dies hat insbesondere zur Folge, dass zukünftig die Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG das vertrieblich akquirierte Neugeschäft von kapitaleffizienten Produkten übernimmt. Die HDI Pensionskasse AG hat den Vertrieb grundsätzlich eingestellt.

Dienstleistungen im Konzernverbund

Die Einbindung der HDI Pensionskasse AG in eine große Versicherungsgruppe ermöglicht die gemeinsame Nutzung gesellschaftsübergreifend organisierter Funktionen und damit die sinnvolle Nutzung von Synergien und Ressourcen. Hierdurch können die Kostenvorteile einer einheitlichen Bearbeitung im Konzern genutzt und bessere Konditionen bei Dienstleistern erreicht werden.

Wesentliche Dienstleistungen übergreifend tätiger Funktionsbereiche wie z.B. Rechnungswesen, In-/Exkasso und Personal werden unter anderem über die Talanx Service AG und die Zentraleinheiten der HDI Kundenservice GmbH als Servicegesellschaft der Talanx Deutschland AG für die Inlandsgesellschaften des Talanx-Konzerns erbracht, also auch für die HDI Pensionskasse AG. Darüber hinaus nutzt die HDI Pensionskasse AG die zentralen Dienstleistungen der Talanx Asset Management GmbH, die die Vermögensverwaltung für die Versicherungsgesellschaften im Konzern betreibt, sowie die IT-Dienstleistungen der Talanx Systeme AG.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliche Entwicklung

Das konjunkturelle Bild der Weltwirtschaft war im Jahr 2017 vor allem durch eine zunehmende Synchronisierung der Wachstumszyklen in den großen Volkswirtschaften geprägt. Ein zentraler Wachstumstreiber war dabei der Welthandel. Darüber hinaus waren eine positive Arbeitsmarktdynamik, anziehendes Investitionswachstum und eine Erholung der Rohstoffpreise wachstumstreibende Faktoren. Insgesamt beschleunigte sich sowohl in der entwickelten Welt als auch den Entwicklungsländern das Wirtschaftswachstum weiter gegenüber 2016. Die globale Geldpolitik blieb trotz erster Anzeichen einer graduellen Normalisierung sehr expansiv.

Die Wirtschaft im Euroraum legte im zweiten und dritten Quartal jeweils um 0,7 % zu – Deutschlands Bruttoinlandsprodukt (BIP) wies im dritten Quartal ein Wachstum von 0,7 % auf nach einem Plus von 0,9 und 0,6 % in der ersten Jahreshälfte. Der private Konsum war der zentrale Wachstumstreiber, aber auch steigende Investitionsaktivitäten und anziehende Nettoexporte trugen zur Wachstumsbeschleunigung bei. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt setzte sich fort, die Arbeitslosigkeit sank im November auf den tiefsten Stand seit 2009 (8,7 %). Das Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich entwickelte sich trotz hoher politischer und ökonomischer Unsicherheit im Kontext der Brexit-Verhandlungen mit der EU sowie der Neuwahl des britischen Unterhauses im Juni mit 0,4 % im dritten Quartal recht widerstandsfähig, auch wenn eine zunehmende Divergenz zu anderen großen Volkswirtschaften auffällig wurde. Die Arbeitslosenquote lag im September mit 4,3 % auf dem tiefsten Stand seit mehr als 40 Jahren.

Nach einem erneut schwachen Start in das Jahr 2017 entwickelte sich die US-Wirtschaft im weiteren Verlauf robust. Im dritten Quartal lag die annualisierte Wachstumsrate bei 3,2 %, das stärkste Wachstum seit mehr als zwei Jahren. Auch hier war der private Konsum der zentrale Wachstumstreiber, der durch eine solide Arbeitsmarktentwicklung gestützt wurde. Investitions- und Exportwachstum waren weitere wichtige Wachstumstreiber. Das Wirtschaftswachstum in China stabilisierte sich nach Jahren der Abschwächung. Die jährliche Wachstumsrate des BIP lag 2017 durchweg leicht über dem Wachstum von 6,7 % im Jahr 2016.

Die Geldpolitik der großen Zentralbanken war auch 2017 sehr expansiv. Mit Verweis auf die verhaltene Inflationsentwicklung wollten die Zentralbanken bei den Normalisierungsbemühungen ihrer Geldpolitik sehr graduell vorgehen. Im Oktober kündigte die EZB zwar eine Halbierung der monatlichen Anleihekäufe ab Januar 2018 auf 30 Mrd. EUR an, verlängerte aber gleichzeitig erneut ihr Ankaufprogramm um mindestens neun Monate bis einschließlich September 2018. Die US-Notenbank setzte ihren Zinserhöhungszyklus mit drei Zinsschritten im Jahr 2017 fort und begann zudem mit der Reduktion ihrer Bilanz im Oktober.

Im Euroraum lag die jährliche Teuerungsrate im Dezember bei 1,4 %, nach knapp 2 % im ersten Quartal. Im Vereinigten Königreich stieg die Inflationsrate vor allem aufgrund der ausgeprägten Pfund-Schwäche auf den höchsten Stand seit fünf Jahren (November 2017: 3,2 %). In den USA kletterte die jährliche Teuerung zum Jahresende auf 2,1 %.

Kapitalmärkte

Im Jahr 2017 standen insbesondere mögliche Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der neuen US-Regierung sowie politische Themen in der Eurozone an den Rentenmärkten im Vordergrund. Dazu zählten die Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich und in Deutschland sowie die Wahlrechtsreform in Italien. In den USA sorgten eher enttäuschende Wirtschaftsdaten und die fehlende Umsetzung der vom US-Präsidenten angekündigten Wirtschaftspolitik für eine sehr volatile Bewegung der US-Treasury-Renditen – obwohl die Zinsen im März, Juni und Dezember weiter angehoben wurden. Der US-Dollar zeigte sich in diesem Umfeld sehr schwach und verlor im Jahresverlauf mehr als 14 % gegen den Euro. Die EZB reduzierte ihr Ankaufprogramm von monatlich 80 Mrd. EUR auf 60 Mrd. EUR. In der Folge entwickelten sich die Rentenmärkte im ersten Halbjahr sehr volatil. Insbesondere nach einer Pressekonferenz der EZB Ende Juni, die als ein Ausstieg aus der quantitativen Lockerung interpretiert wurde, kam es zu einem deutlichen Anstieg der Bund-Renditen. Sie stiegen in kurzer Zeit für den zehnjährigen Bereich von 0,25 % auf ca. 0,59 %, um dann im Folgemonat wieder auf ca. 0,3 % zu fal-

len. Insgesamt war die Schwankungsbreite im Jahresverlauf zwischen ca. 0,20 % und ca. 0,60 % für zehnjährige Bundesanleihen jedoch sehr niedrig.

AAA-geratete Staatsanleihen und Covered Bonds mussten bis auf wenige Ausnahmen leichte bis deutliche Kursverluste hinnehmen. Bank- und Unternehmensanleihen zeigten aufgrund der weiteren Einengung der Risikoaufschläge noch eine positive Wertentwicklung, insbesondere in den schwächer gerateten Segmenten sowie in Nachranganleihen, High-Yield- und Emerging-Markets-Bonds.

Dank eines überraschend positiven Konjunkturmilieus, unter den Erwartungen liegender Inflationsentwicklung und damit anhaltend expansiver Geldpolitik konnten die Aktienmärkte deutlich zulegen. Neben kräftigem Gewinnwachstum sorgte auch eine Bewertungsausweitung für höhere Aktienkurse. Der DAX kletterte im Gesamtjahr um 12,5 %, der S&P 500 um 19,4 % und der Nikkei um 19,1 %. Deutlich schwächer – gleichwohl positiv – entwickelte sich der EURO STOXX 50 mit 6,5 %.

Deutsche Versicherungswirtschaft

Die Ausführungen zu den Versicherungsmärkten stützen sich auf Veröffentlichungen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) und beinhalten vorläufige Daten.

Nach dem stabilen Verlauf der Vorjahre konnte die deutsche Versicherungswirtschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 ein Wachstum ihrer Beitragseinnahmen verzeichnen. Laut Hochrechnung erreichte die Branche einen Zuwachs von 1,7 % auf 197,7 Mrd. EUR.

Das Wachstum resultiert insbesondere aus der Schaden- und Unfallversicherung, die von einem Anstieg der Beiträge um 2,9 % auf 68,2 Mrd. EUR ausgeht. Zuwächse verzeichneten zudem die Unternehmen der privaten Krankenversicherung, die Beiträge in Höhe von 38,8 Mrd. EUR und damit ein Wachstum von 4,3 % erwarten.

Bei den Lebensversicherern, Pensionskassen und Pensionsfonds ist von einer Stagnation der Beitragseinnahmen in Höhe von voraussichtlich 90,7 Mrd. EUR auszugehen. Die verhaltene Entwicklung betraf die laufenden Beiträge in Höhe von 64,3 Mrd. EUR und die Einmalbeiträge in Höhe von 26,4 Mrd. EUR gleichermaßen. Signifikantes Wachstum war nur im Bereich der betrieblichen Altersversorgung zu verzeichnen.

Rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Versicherungsunternehmen (Erst- und Rückversicherungsgesellschaften), Banken und Kapitalanlagegesellschaften unterliegen weltweit einer umfassenden Rechts- und Finanzaufsicht durch Aufsichtsbehörden, um die Stabilität der Unternehmen und der Finanzmärkte zu gewährleisten sowie die Kunden der Unternehmen zu schützen. In der Bundesrepublik Deutschland obliegt diese Aufgabe der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Hinzu kommt eine umfassende Regulierung der Geschäftstätigkeit dieser Unternehmen durch zahlreiche rechtliche Rahmenbedingungen. Die bereits in den Vorjahren zu beobachtende intensive Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen und eine damit einhergehende Verschärfung und zunehmende Komplexität setzte sich auch im Jahr 2017 un- vermindert fort.

Vor dem Hintergrund der in Deutschland umzusetzenden Richtlinie über den Versicherungsvertrieb (IDD) wurden in den betroffenen Gesellschaften des Konzerns bereits frühzeitig Projekte aufgesetzt, um die umfangreichen Vorgaben rechtzeitig umsetzen zu können. Die gesetzlichen Anforderungen zielen insbesondere auf eine ausreichende Berücksichtigung von Verbrauchersichtpunkten bei Produktdesign und Vertriebssteuerung sowie zusätzliche Anforderungen im Hinblick auf die Produktüberwachung und die Produkt-Governance von Versicherungsprodukten bei Versicherungsunternehmen, aber auch auf Versicherungsvermittler.

Am 25.1.2017 veröffentlichte die BaFin ihr Rundschreiben 2/2017 (VA) zu der behördlichen Auslegung der Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo). In diesem Rundschreiben werden übergreifende Aspekte zur Geschäftsorganisation erläutert und zentrale Begriffe wie „Proportionalität“ oder „Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgan“ aus Sicht der Aufsichtsbehörde erläutert. Unabhängig von der fehlenden unmittelbaren Rechtsbindung dieser veröffentlichten Rechtsansichten der BaFin ist natürlich auch die MaGo bei der Ausgestaltung der Geschäftsorganisation der Gruppe, insbesondere in den Bereichen allgemeine Governance, Schlüsselfunktionen, Risikomanagement-System, Eigenmittelanforderungen, internes Kontrollsystem, Ausgliederungen und Notfallmanagement zu berücksichtigen.

Die in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnende Digitalisierung und der damit einhergehende Übergang zu digitalen, datenbasierten Geschäftsmodellen und die sich hieraus ergebenden rechtlichen Fragen und Herausforderungen spielen auch bei den Unternehmen des Talanx-Konzerns eine immer bedeutendere Rolle.

Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Daten unserer Kunden. Versicherungsunternehmen des Talanx-Konzerns sind in hohem Maße auf die Erhebung von personenbezogenen Daten angewiesen. Sie werden unter anderem zur Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung erhoben, verarbeitet und genutzt, um Versicherte bedarfsgerecht zu beraten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen des Talanx-Konzerns sind sich der damit einhergehenden Verantwortung zu einem angemessenen Umgang mit personenbezogenen Daten bewusst. Die Wahrung der Rechte der Versicherten und der Schutz ihrer Privatsphäre sind wesentliche Ziele aller Konzernunternehmen. Nach Ablauf der zweijährigen Übergangsphase wird die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) im Mai 2018 auch in der Bundesrepublik Deutschland geltendes Recht. Vor diesem Hintergrund wurde bereits im Jahr 2016 ein Projekt initiiert, um die rechtzeitige Umsetzung der neuen gesetzlichen Anforderungen sicherzustellen. Am 5.7.2017 wurde das am 25.5.2018 in Kraft tretende Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) als Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Das derzeitige Bundesdatenschutzgesetz wird am 25.5.2018 außer Kraft treten. Mit dem neu geregelten BDSG werden datenschutzrechtliche Regelungen an die DS-GVO angepasst, in ihr enthaltene Öffnungsklauseln genutzt und die Richtlinie (EU) 2016/680 (Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr) umgesetzt. Das neue BDSG schafft ausreichende Rechtssicherheit, um zusammen mit den Ergebnissen des Projektes nunmehr konkrete Umsetzungsschritte in den einzelnen Gesellschaften des Talanx-Konzerns einzuleiten.

Die Einhaltung geltenden Rechts ist für die Gesellschaften des Talanx-Konzerns unverändert Voraussetzung für eine dauerhaft erfolgreiche Geschäftstätigkeit. Insbesondere der Beachtung der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie der fortlaufenden Anpassung und Weiterentwicklung des Geschäfts und ihrer Produkte an gesetzliche Neuregelungen widmen die Gesellschaften große Aufmerksamkeit. Die entsprechend installierten Mechanismen stellen sicher, dass künftige Rechtsentwicklungen und ihre Auswirkungen auf die eigene Geschäftstätigkeit frühzeitig identifiziert und bewertet werden, um die erforderlichen Anpassungen vornehmen zu können.

Geschäftsverlauf und Lage

Themen des Berichtsjahres

Zukunftssicherung des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland

Bereits im Jahr 2015 hat der Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland das auf mehrere Jahre angelegte Programm KuRS (Kundenorientiert Richtungsweisend Stabil) eingeleitet. Ziele des Programms sind es, den Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland zu stabilisieren, seine Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu verbessern und somit zukunftsfähig aufzustellen. Schwerpunkte bei der Umsetzung sind die Optimierung der Geschäftsprozesse und die Erhöhung der Servicequalität für Kunden und Vertriebspartner. Hierzu gehören auch die Modernisierung der IT sowie die Erhöhung der Transparenz über Bestandsdaten und Kosten. 2016 wurde mit den Projektarbeiten zur Harmonisierung der Anwendungslandschaft mit dem Ziel eines gemeinsamen Bestandsführungssystems für die Gesellschaften der Talanx Deutschland AG, für das Leben- und Unfallgeschäft, begonnen.

Die Konzentration auf unsere Kernkompetenzen ist dabei ein zentraler Baustein unserer Strategie. So ist die betriebliche Altersversorgung aufgrund unserer langjährigen Expertise und Serviceleistungen eng mit unserem Namen als Referenzmarke verbunden. Die Kompetenz unserer Produkte, Leistungen und des Service ist vielfach ausgezeichnet worden.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft sehen wir langfristig einen unveränderten Wachstumstrend in der betrieblichen Altersversorgung. Daher hat sich unsere Schwestergesellschaft, die HDI Lebensversicherung AG, im Bereich betrieblicher Altersversorgung (bAV) zum 01.01.2016 strategisch neu ausgerichtet. Sie konzentriert sich im Neugeschäft auf ertragsstarke und marktrelevante Geschäftsfelder und Produkte. Ziel ist die Stärkung der Wettbewerbsposition und die Sicherstellung der langfristigen Profitabilität.

Im Breitengeschäft setzt HDI als fokussierter bAV-Anbieter daher seit dem Jahr 2016 ausschließlich auf die Durchführungswege mit hoher Marktrelevanz: Direktversicherung, Unterstützungskasse und beitragsorientierte Kapitalzusagen über den „TwoTrust Selekt“ im Rahmen der rückgedeckten Pensionszusage. Das Geschäft mit konventionellen Lebensversicherungen alter Bauart der HDI Pensionskasse AG wurde zum 01.01.2016 zugunsten von kapitaleffizienten Produkten der Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG aufgegeben. Bestehende Versicherungsverträge werden unverändert fortgeführt. Die HDI Pensionskasse AG wird die zugesagten Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden selbstverständlich erfüllen.

Um einen geregelten Übergang zu gewährleisten, blieben die für das Neugeschäft zu schließenden Tarife für bestehende Gruppenverträge grundsätzlich noch bis Mitte 2016 geöffnet. Für einzelne Großverbindungen waren auch längere Übergangszeiten möglich. Insbesondere wurden Neuabschlüsse für diejenigen Arbeitnehmer ermöglicht, deren tarifvertraglicher Anspruch auf betriebliche Altersversorgung im Rahmen der Branchenlösung Hogarente im Verlauf des Jahres 2016 erstmals entstanden ist. Mit diesen zeitlich begrenzten aber stets bedarfsgerechten Übergangslösungen ist die Gesellschaft ihrer besonderen Verantwortung für ihre Kunden in der betrieblichen Altersversorgung angemessen gerecht geworden.

Die Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG wird sich künftig noch stärker an den Bedürfnissen ihrer Kunden orientieren und ihr Angebot auf marktrelevante Bereiche konzentrieren. Segmente ohne bedeutendes Nachfragepotenzial wird HDI Leben nicht mehr bedienen und frei werdende Ressourcen in die konsequente Weiterentwicklung neuer Bedarfsfelder investieren.

Hierzu zählt unter anderem die Weiterentwicklung der Ende 2015 unter dem Namen HDI bAVnet eingeführten online-basierten Plattform für die Verwaltung der bAV-Verträge – sowohl der HDI Pensionskasse AG als auch der HDI Lebensversicherung AG. Sie ermöglicht Arbeitgebern eine kostenfreie, papierlose Bearbeitung und den Austausch über digitale Schnittstellen. Rund um die Uhr ermöglicht das HDI bAVnet dem Kunden, Vertragsbestände einzusehen und Verarbeitungsprozesse zeiteffizient und datensicher anzustoßen.

Um in allen Risikoklassen geeignete Produkte bieten zu können, hat HDI Leben zum 1.1.2016 in der betrieblichen Altersversorgung mit „TwoTrust Kompakt“ speziell für die Durchführungswege Direktversicherung und Unterstützungskasse ein modernes, klassisches Produkt eingeführt, das auch als Nachfolgeprodukt im Rahmen der Firmengruppenverträge der HDI Pensionskasse AG genutzt werden kann. „TwoTrust Kompakt“ bietet bedarfsgerechte Garantien. Es richtet sich an sicherheitsorientierte Kunden und enthält so wenig Garantie wie nötig, um so viel Ablaufleistung wie möglich zu erzielen. Diese höheren Leistungen und neue Flexibilität sowie die Einsatzmöglichkeit für komplette Belegschaften machen das Produkt interessant. Unsere Position als einer der führenden bAV-Versicherer wird dadurch gestärkt.

Digitalisierung

Die Automatisierung und Digitalisierung seiner Geschäftsprozesse treibt der Talanx-Konzern mit eigenen Initiativen, Kooperationen mit Akzeleratoren und einem Digital Lab voran. In Pilotprojekten wird die Zusammenarbeit mit mehreren Start-ups geprüft. Mithilfe eines

Best Practice Lab können erfolversprechende digitale Projekte über internationale Märkte und Geschäftsfelder hinweg adaptiert werden.

Nachhaltigkeit

Der Talanx-Konzern integriert ökologische, gesellschaftliche und Governance-Aspekte in seine Geschäftstätigkeit. Mit der Veröffentlichung eines Nachhaltigkeitsberichts legt Talanx Zeugnis ab über diese Anstrengungen. Rund zwei Drittel der Bruttoprämien und Mitarbeiter des Erstversicherungsgeschäfts werden im Bericht erfasst und wesentliche Gesellschaften der Kernmärkte des Konzerns schrittweise in den Bericht integriert. Der Nachhaltigkeitsbericht wird nach den Leitlinien der Global Reporting Initiative (GRI G4) verfasst und zeigt Status und Fortschritte der Talanx in wesentlichen nicht-finanziellen Belangen auf. Zudem ist Talanx im Berichtsjahr in den Nachhaltigkeitsindex FTSE4Good aufgenommen worden. Diese Indexserie erfasst Unternehmen, die sich durch ein starkes Engagement in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social, Governance, ESG) auszeichnen.

Dank des Vorstands

Die Ergebnisse des vergangenen Geschäftsjahres sind wesentlich auf die Kompetenz und das außerordentliche Engagement der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen. Für ihren Einsatz und ihre Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für unsere Gesellschaft bedankt sich die Geschäftsleitung bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dank gebührt auch dem Betriebsrat für die stets konstruktive und faire Zusammenarbeit.

Ertragslage

Neugeschäft

Die Neugeschäftsbeiträge unserer Gesellschaft erhöhten sich im Berichtsjahr um 24,0 % auf 5.178 (4.174) TEUR. Die laufenden Beiträge stiegen um 32,9 % auf 4.795 (3.607) TEUR, während die Einmalbeiträge um 32,5 % auf 383 (567) TEUR sanken. Der Anstieg der laufenden Neugeschäftsbeiträge ist begründet durch die Übergangsregelung für die Branchenlösung Hogarente und die rückwirkende Ausfertigung von Neugeschäft für die Jahre 2015 und 2016. Das Annual Premium Equivalent (laufende Neugeschäftsbeiträge zzgl. 1/10 der Neugeschäfts-Einmalbeiträge) erhöhte sich somit auf 4.833 (3.663) TEUR. Die Beitragssumme des Neugeschäfts verminderte sich auf 47.893 (52.695) TEUR.

Versicherungsbestand

Der Jahresbeitrag aller am Bilanzstichtag im Bestand unserer Gesellschaft befindlichen Versicherungen hat sich im Berichtsjahr im Zuge der erfolgten Bestandsabgänge um 4,1 % auf 98.299 (102.544) TEUR vermindert. Die Versicherungssumme sank auf 3.143.620 (3.244.407) TEUR.

Eine ausführliche Erläuterung der Bewegung und der Struktur des Versicherungsbestandes wird in Anlage 1 zum Lagebericht auf den Seiten 22 ff gegeben. Eine vollständige Darstellung der von unserer Gesellschaft betriebenen Versicherungsarten befindet sich in der Anlage 3 zum Lagebericht auf Seite 25.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge verminderten sich um 9,9 % auf 101.712 (112.903) TEUR. Auch die verdienten Beiträge für eigene Rechnung lagen mit 100.676 (112.147) TEUR unter dem Vorjahresniveau.

Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung lagen nahezu unverändert auf dem Vorjahresniveau von 3.566 (3.605) TEUR.

Leistungen

Die Bruttozahlungen für Versicherungsfälle erhöhten sich im Berichtsjahr um 4,6 % auf 39.713 (37.965) TEUR. Unter Einbeziehung der Gewinnanteile an Versicherungsnehmer und nach Abzug der Schadenregulierungskosten betragen die ausgezahlten Leistungen 39.674 (38.021) TEUR. Mit einem Anteil von 52,8 % betrafen diese Zahlungen überwiegend Abläufe in Höhe von 20.691 (14.595) und Rückkäufe mit 33,0 % in Höhe von 12.947 (17.119) TEUR. Für Renten wurde ein Betrag in Höhe von 3.828 (3.264) TEUR ausgezahlt. Todesfälle machten mit einem Anteil von 4,4 % den geringsten Teil der Leistungen aus.

Inklusive des Zuwachses der Leistungsverpflichtungen von 125.702 (132.406) TEUR beliefen sich die gesamten Leistungen zu Gunsten unserer Versicherungsnehmer im Berichtsjahr auf 165.377 (170.427) TEUR.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb verminderten sich aufgrund der Einstellung des Neugeschäfts um 62,2 % auf 1.968 (5.208) TEUR.

Die Abschlussaufwendungen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf 694 (2.705) TEUR. Bezogen auf die gesunkene Beitragssumme des Neugeschäfts sank der Abschlusskostensatz auf 1,4 (5,1) %.

Die Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich um 49,1 % von 2.503 TEUR auf 1.273 TEUR. Der Verwaltungskostensatz lag bei 1,3 (2,2) %.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

(ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice)

Die laufenden Erträge, die vor allem aus den Kuonzahlungen der festverzinslichen Kapitalanlagen bestanden, beliefen sich im Berichtsjahr auf 45.040 (45.271) TEUR. Dem standen laufende Aufwendungen in Höhe von 1.932 (1.890) TEUR gegenüber. Die laufende Durchschnittsverzinsung lag bei 2,6 (2,8) %. Der Rückgang der laufenden Verzinsung gegenüber dem Vorjahr resultierte maßgeblich aus dem gesunkenen Durchschnittskupon der festverzinslichen Wertpapiere.

Im Berichtsjahr wurde ein Ergebnis aus außerordentlichen Gewinnen und Verlusten aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 22.857 (12.866) TEUR erzielt. Die Abgangsgewinne in Höhe von 22.899 (12.894) TEUR wurden im Wesentlichen aus Verkäufen festverzinslicher Kapitalanlagen am Markt erzielt. Die Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen betragen 42 (28) TEUR. Die außerordentlichen Abschreibungen lagen bei 2 (1) TEUR, Zuschreibungen wurden nicht vorgenommen. Insgesamt war somit ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 22.855 (12.865) TEUR auszuweisen.

Das Kapitalanlageergebnis belief sich insgesamt auf 65.964 (56.246) TEUR. Im Berichtsjahr wurde eine Nettoverzinsung von 4,0 (3,7) % erreicht.

Rohüberschuss und Überschussverwendung

Der Rohüberschuss beinhaltet die aus Zins-, Risiko- und Kostenergebnis resultierenden Gewinne, die über die Garantieverzinsung der gewinnberechtigten Versichertenguthaben hinaus erwirtschaftet worden sind. Unsere Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2017 einen Rohüberschuss von 14.360 (4.963) TEUR.

Vom Rohüberschuss haben wir 14.010 (4.963) TEUR der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) zugeführt. Darüber hinaus erhielten unsere Kunden eine Gewinnausschüttung sowie eine Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von insgesamt 3.923 (4.828) TEUR aus der RfB. Nach Zuführung und Entnahme beträgt die RfB zum Ende des Berichtsjahres 43.510 TEUR.

Die Gesamtverzinsung der nicht fondsgebundenen Kundenguthaben (einschließlich Schlussgewinnanteile) beträgt grundsätzlich 1,75 %. Die für den gesamten Bestand ab 2018 gültigen Gewinnanteilsätze sind auf den Seiten 54 bis 60 dieses Berichts im Detail dargestellt.

Ergebnis

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.667 TEUR ergab sich aus einem versicherungstechnischen Ergebnis in

Höhe von 2.064 TEUR sowie sonstigen Erträgen von 1.964 TEUR und sonstigen Aufwendungen von 2.361 TEUR. Unter Berücksichtigung eines außerordentlichen Ergebnisses von 0 (-71) TEUR und eines Steueraufwandes von 1.317 (437) TEUR belief sich das Jahresergebnis auf 350 (0) TEUR, welches in gleicher Höhe als Bilanzgewinn der Hauptversammlung zur Beschlussfassung zur Verfügung steht.

Finanzlage

Eigenkapital

Sofern die Hauptversammlung unserem auf Seite 52 dargestellten Vorschlag, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2017 auf neue Rechnung vorzutragen, zustimmt, beträgt das Eigenkapital:

Eigenkapital nach Gewinnverwendung

TEUR	
Eingefordertes Kapital	
Gezeichnetes Kapital	5.000
Kapitalrücklage	34.170
Gewinnrücklagen	
a) gesetzliche Rücklage	362
b) andere Gewinnrücklagen	74
	435
Gewinnvortrag	350
Summe	39.955

Liquiditätslage

Die Liquidität unserer Gesellschaft war zu jeder Zeit gesichert. Zum Bilanzstichtag waren liquide Mittel in Form von laufenden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 8.996 (5.008) TEUR verfügbar. Weitere vorhandene laufende Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 12.150 (4.600) TEUR sind als erhaltene Barsicherheit zweckgebunden. Demgegenüber steht eine sonstige Verbindlichkeit in gleicher Höhe.

Vermögenslage

Kapitalanlagen

Entwicklung der Kapitalanlagen¹⁾ im Detail

	31.12.2017	31.12.2016	Änderung
TEUR			
Anteile an verbundenen Unternehmen	27.456	26.046	1.410
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.898	4.898	0
Beteiligungen	450	450	0
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.050	1.050	0
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	73.503	43.152	30.351
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	914.487	828.581	85.906
Sonstige Ausleihungen	691.584	693.041	-1.457
Summe	1.713.428	1.597.218	116.210

¹⁾ ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolizen

Das Volumen der Kapitalanlagen der Gesellschaft stieg 2017 um 116.210 TEUR und betrug zum Jahresende 1.713.428 (1.597.218) TEUR. Die Kapitalanlagen wurden vorrangig in direkt gehaltene festverzinsliche Kapitalanlagen investiert. Deren Anteil lag zum Ende des Berichtsjahres bei 94,1 (95,6) % der gesamten Kapitalanlagen. Investitionen erfolgten vor allem in Namensschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen guter Bonität. Das durchschnittliche Rating der festverzinslichen Wertpapiere lag zum Bilanzstichtag bei „AA-“. Aktien wurden zum Bilanzstichtag nur in marginalem Umfang gehalten (Vorjahr 0,2 %).

Die Marktwerte der Kapitalanlagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 2.007.447 (1.926.351) TEUR. Die Bewertungsreserven sanken auf 294.020 (329.133) TEUR.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolizen

Der entsprechende Kapitalanlagebestand belief sich zum Bilanzstichtag auf 79.196 (72.496) TEUR und verzeichnete damit einen Zuwachs von 9,2 %.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Das unverändert äußerst niedrige Zinsumfeld sorgt dafür, dass die Pensionskassen branchenweit vor besonderen Herausforderungen stehen. Die Unternehmensleitung der HDI Pensionskasse AG be-

wertet den Geschäftsverlauf des Berichtsjahres vor diesem Hintergrund als zufriedenstellend: Die Beiträge aus dem weitgehend eingestellten Neugeschäft bewegen sich weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Die Entwicklung der gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäß rückläufigen Bruttobeiträge ist daher erneut durch Abläufe geprägt.

Prognosegemäß entwickelte sich auch das Kapitalanlageergebnis, welches bei konstanten laufenden Erträgen durch einen starken Anstieg des außerordentlichen Ergebnisses gekennzeichnet war. Diesen Erträgen standen entsprechend steigende Leistungsverpflichtungen gegenüber. Entgegen unserer ursprünglichen Annahmen konnte dennoch ein leicht positives Ergebnis dargestellt werden. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts ist die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft als tragfähig zu beurteilen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem vom Vorstand nach § 312 AktG zu erstellenden Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde abschließend erklärt, dass unsere Gesellschaft nach den Umständen, die ihr in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft mit einem verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt. Berichtspflichtige Maßnahmen lagen im Berichtsjahr nicht vor.

Risikobericht

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Risikomanagement der Gesellschaft werden die Risiken für die Gesellschaft regelmäßig untersucht. Die etablierten Risikomanagementsysteme und Kontrollinstanzen unterstützen eine frühzeitige Identifikation, Bewertung und Steuerung der Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben können.

Insgesamt ist die Risikolage der Gesellschaft vor allem vor dem Hintergrund der niedrigen Kapitalmarktzinsen in Verbindung mit der Höhe der in den Versicherungsverträgen eingegangenen Zinsgarantien als angespannt einzuschätzen, erscheint aber beherrschbar.

Die Gesellschaft hat vor dem Hintergrund dieses Zinsrisikos frühzeitig ein Maßnahmenpaket entwickelt, das die folgenden wesentlichen Einzelmaßnahmen beinhaltet:

- Der Bewertungszins der Zinszusatzreserve im Altbestand wurde mit Genehmigung der BaFin zum 31.12.2017 auf 2,36 % abgesenkt. Damit führt die Gesellschaft ihre Politik fort, die Deckungsrückstellung im Niedrigzinsumfeld fortlaufend zu stärken.
- Darüber hinaus werden vorsichtig angesetzte Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten bei der Ermittlung der Zinszusatzreserve berücksichtigt. Hiermit stellt die Gesellschaft eine angemessene Vorsorge für anhaltend niedrige Zinsen sicher.
- Die Gesellschaft plant, die Zinszusatzreserve im Altbestand fortlaufend weiter aufzubauen und den Bewertungszins für die Zinszusatzreserve geschäftsplanmäßig unter angemessener Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit festzusetzen. Zur Finanzierung der Zinszusatzreserve ist wie in den Vorjahren auch weiterhin die Realisierung von Bewertungsreserven vorwiegend auf Zinstitel vorgesehen. Dieses Vorgehen stellt eine angemessene Risikovorsorge im Niedrigzinsumfeld unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft sicher.
- Die Gesellschaft hat das vertrieblich akquirierte Neugeschäft eingestellt. Damit sind zum einen Kostensenkungen verbunden. Zum anderen werden weitere Zinsgarantien aus dem Neugeschäft vermieden. Beides senkt die Risikoexposition der Gesellschaft.
- Die Gesellschaft strebt weiterhin möglichst hohe laufende Kapitalerträge unter Wahrung eines unverändert angemessenen Verhältnisses von Ertrag und Risiko in Form eines unveränderten Spreads in der Wiederanlage von 75 bp oberhalb der Rendite zwanzigjähriger Euro-Staatsanleihen höchster Bonität an.

Die Maßnahmen wurden und werden laufend umgesetzt. Weitere kompensierende Maßnahmen zum Umgang mit dem niedrigen Zinsniveau werden laufend erarbeitet und umgesetzt, etwa zur Reduktion der Kosten.

In der Unternehmensplanung der Gesellschaft ist die konsequente Umsetzung dieses Maßnahmenpaketes berücksichtigt. Die zugehörige Planungsrechnung zeigt, dass die Gesellschaft alle relevanten handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen in den nächsten 5 Jahren erfüllen kann.

Die Aufsichtsbehörde fordert von allen deutschen Pensionskassen einmal jährlich Prognoserechnungen, in denen die Auswirkungen des Niedrigzinsumfeldes zu betrachten sind. In der letzten derartigen Rechnung zum Stichtag 30.09.2017 war unter anderem ein branchenweit einheitlich vorgegebenes BaFin-Niedrigzinsszenario für den Zeitraum von 2017 bis 2021 zu analysieren.

In dieser Prognoserechnung können unter den dort unterstellten Prämissen und unter Berücksichtigung des Maßnahmenpakets das Solvabilitätssoll durchgängig mit expliziten Eigenmitteln bedeckt, der voraussichtliche Aufwand zum Aufbau der Zinszusatzreserve durch die Realisierung von Bewertungsreserven gedeckt und die Vorgaben der Mindestzuführungsverordnung eingehalten werden.

Unter den oben erläuterten Prämissen beider Hochrechnungen ergibt sich im Betrachtungszeitraum vor allem durch die niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt eine weiterhin angespannte Risikolage für die Gesellschaft. Hält das extrem niedrige Zinsniveau sogar über das Jahr 2021 hinaus lange weiter an, müssen weitere Maßnahmen getroffen werden, um die Einhaltung der Solvabilitätsanforderungen und die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen, da aus den Zinsgarantien in diesem Fall auf lange Sicht erhebliche Verluste entstehen könnten.

Bestandsgefährdende Risiken, das heißt wesentliche Risiken mit existenziellem Verlustpotenzial für die Gesellschaft, könnten sich ergeben, wenn sich systemische Risiken wie z. B. ein Credit Crunch, weitgehende Zahlungsausfälle am Anleihemarkt oder ein Kollaps des Finanzsystems realisieren. Bei Einbeziehung der Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmenpaketes zeichnen sich aktuell jedoch keine bestandsgefährdenden Risiken unternehmensspezifischer Natur ab.

Grundlagen des Risikomanagements

Das Risikomanagement der Gesellschaft erfüllt die Anforderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes (§ 26 VAG zum Risikomanagement und begleitende Rechtsnormen) sowie des deutschen Aktiengesetzes (§ 91 Abs. 2 AktG); hiernach ist der Vorstand einer Aktiengesellschaft verpflichtet, „geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden“. Mit dem vorliegenden Bericht kommt die Gesellschaft ihrer Verpflichtung zu einer Berichterstattung über die wesentlichen Risiken der voraussichtlichen Entwicklung nach (§ 289 Abs. 1 HGB).

Risikomanagementsystem

Basis des Risikomanagements ist die durch den Vorstand verabschiedete Risikostrategie, die sich aus der Geschäftsstrategie ableitet. Sie ist verbindlicher, integraler Bestandteil des unternehmerischen Handelns. Zur Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie bedient sich die Gesellschaft eines Internen Steuerungs- und Kontrollsystems. Das Risikoverständnis ist ganzheitlich, d. h. es umfasst Chancen und Risiken, wobei der Fokus der Betrachtungen auf negativen Zielabweichungen, d. h. Risiken im engeren Sinn, liegt.

Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Risikomanagement des Geschäftsbereichs Talanx Deutschland sowie des Konzerns eingegliedert und berücksichtigt die Konzernrichtlinien. Zur Quantifizierung von Risiken wird ein Risikomodell eingesetzt. Der betrachtete Zeithorizont des Modells beträgt ein Kalenderjahr.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft wird laufend weiterentwickelt und damit den jeweiligen sachlichen und gesetzlichen Erfordernissen sowie den Konzernvorgaben angepasst. Das Risikomanagementsystem ist mit dem zentralen Steuerungssystem der Gesellschaft eng verzahnt.

Die Bewertung der wesentlichen quantifizierbaren Risiken der Gesellschaft erfolgt regelmäßig mit Hilfe des Risikomodells. Dabei werden diese Risiken systematisch analysiert und mit Solvenzkapital hinterlegt. Zusätzlich werden wesentliche, sich aus Zielabweichungen ergebende strategische Risiken, Projektrisiken, Reputationsrisiken und Emerging Risks betrachtet. Die erfassten Risiken werden durch abgestimmte Maßnahmen gesteuert sowie die quantifizierbaren Risiken durch ein Limit- und Schwellenwertsystem überwacht. Der Vorstand der Gesellschaft wird im Rahmen der Risikoberichterstattung vom Risikomanagement regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Bei akuten Risiken ist eine Sofortberichterstattung an den Vorstand gewährleistet.

Im Kapitalanlagebereich umfasst das Risikomanagementsystem spezifische Instrumentarien zur laufenden Überwachung aktueller Risikopositionen und der Risikotragfähigkeit. Sämtliche Kapitalanlagen stehen unter ständiger Beobachtung und Analyse durch den Geschäftsbereich Kapitalanlagen und das operative Kapitalanlagecontrolling. Mit Hilfe von Szenarioanalysen und Stresstests werden die Auswirkungen von Kapitalmarktschwankungen simuliert und bei Bedarf darauf frühzeitig reagiert. Darüber hinaus stellt eine umfangreiche Berichterstattung die erforderliche Transparenz aller die Kapitalanlagen betreffenden Entwicklungen sicher.

Für Handels- und Abwicklungstätigkeiten im Kapitalanlagebereich bedient sich die Gesellschaft der Dienstleistung der Talanx Asset Management GmbH.

Risikoorganisation

Die Aufbauorganisation im Risikomanagement der Gesellschaft gewährleistet eine Funktionstrennung zwischen aktiver Risikoübernahme und unabhängiger Risikoüberwachung. Zentrale Organe sind neben dem Gesamtvorstand der Gesellschaft die Risikomanagementfunktion (unabhängige Risikocontrollingfunktion, URCF), die

Compliance-Funktion, die Interne Revision sowie die Risikoverantwortlichen.

Der Gesamtvorstand trägt die nicht delegierbare Verantwortung für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Risikomanagements in der Gesellschaft. Er legt die Risikostrategie fest und trifft hieraus abgeleitete wesentliche Risikomanagemententscheidungen.

Die unabhängige Risikoüberwachung wird von einer organisatorischen Einheit innerhalb der Talanx Deutschland AG unter Leitung des Chief Risk Officer wahrgenommen. Dadurch wird Know-how gebündelt und eine effiziente Nutzung der Ressourcen sichergestellt.

Die unabhängige Risikocontrollingfunktion ist primär für die Identifikation, Bewertung und Analyse des Risikoprofils sowie für die Überwachung von Limiten und Maßnahmen zur Risikobegrenzung auf aggregierter Ebene zuständig. Diese Aufgabe wird durch den Chief Risk Officer, das Risikomanagement und das Risikokomitee der Talanx Deutschland AG wahrgenommen. Das Risikokomitee spricht dabei Empfehlungen an den Gesamtvorstand aus.

Risikoverantwortliche sind in der Regel leitende Angestellte, die für die Identifikation und Bewertung der wesentlichen Risiken ihres Verantwortungsbereiches zuständig sind. Zudem sind sie verantwortlich für Vorschläge zur Risikominderung und für die Umsetzung geeigneter Risikosteuerungsmaßnahmen. Der Austausch von Erkenntnissen zwischen Risikoverantwortlichen und Unabhängiger Risikocontrollingfunktion findet im Rahmen von regelmäßigen Risikosteuerungskreis-Sitzungen statt.

Die Interne Revision, deren Aufgabe von der Konzernrevision wahrgenommen wird, ist für die prozessunabhängige Prüfung der Geschäftsbereiche, insbesondere auch des Risikomanagements, verantwortlich. Die Leitung der Internen Revision ist zum Zwecke der Diskussion risikorelevanter Themen als Gast im Risikokomitee vertreten.

Die Gesellschaft ist in die Compliance-Organisation der Talanx AG eingebunden, um eine ordnungsmäßige Geschäftsorganisation zu unterstützen, welche die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewährleistet. Compliance entsendet einen Vertreter in das Risikokomitee.

Risiken der künftigen Entwicklung

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht.

Biometrische Risiken

Das biometrische Risiko wird in ein Schwankungsrisiko sowie in ein Kumul-, Trend- und Änderungsrisiko unterschieden. Das Schwankungsrisiko ist das Risiko der zufälligen Abweichung der Häufigkeit der Leistungsfälle von den biometrischen Wahrscheinlichkeiten. Das Kumulrisiko bezeichnet das gleichzeitige Auftreten vieler Schadenfälle, die durch ein Ereignis ausgelöst sind. Das Trend- und Änderungsrisiko bezeichnet das Risiko einer Fehleinschätzung der biometrischen Wahrscheinlichkeiten bei der Berechnung der Beiträge.

Den biometrischen Risiken wird dadurch entgegengewirkt, dass zur Berechnung der Beiträge und der versicherungstechnischen Rückstellungen vorsichtig bemessene biometrische Rechnungsgrundlagen mit geeigneten Sicherungszuschlägen verwendet werden, deren Angemessenheit regelmäßig überprüft wird.

Zudem werden die biometrischen Risiken mittels geeigneter Rückversicherungsverträge begrenzt. Der Umfang der Rückdeckung wird regelmäßig überprüft.

Stornorisiken

Das Stornorisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsraten von Versicherungsverträgen ergibt.

Das Stornorisiko ist für die Gesellschaft als Einrichtung der betrieblichen Altersvorsorge von begrenzter Bedeutung.

Kostenrisiken

Das Kostenrisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der bei der Verwaltung von Versicherungsverträgen angefallenen Kosten ergibt.

Der Kostenverlauf wird durch Betriebskosten und Provisionen bestimmt, denen angemessen vorsichtige Kostenzuschläge in den Bei-

trägen gegenüberstehen. Die Produktkalkulation stützt sich dabei auf eine adäquate Kostenrechnung.

Marktrisiken

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität von Finanzmarktdaten ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beeinflussen.

Die Gesellschaft verfügt über detaillierte Kapitalanlagerichtlinien, die das Anlageuniversum, besondere Qualitätsmerkmale, Emittentenlimite und Anlagegrenzen festlegen. Diese orientieren sich an den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen, sodass eine möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht wird. Zudem wird eine klare Funktionstrennung zwischen operativer Steuerung des Kapitalanlagerisikos und Risikocontrolling sichergestellt.

Aktien- und Beteiligungsrisiken

Das Aktienrisiko bezeichnet das Risiko aus Änderungen des Aktienkursniveaus. Eine mögliche Änderung wirkt auf die Bewertung von Aktien sowie auf Vermögenspositionen, die im Risikomodell wie Aktien modelliert werden.

Das Aktienrisiko besitzt aufgrund der niedrigen Aktienquote der Gesellschaft nur ein begrenztes Gefahrenpotenzial.

Zinsrisiken

Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder auf die Volatilität der Zinssätze.

Dem Zinsrisiko wird vor allem durch regelmäßige Asset-Liability-Analysen, kontinuierliche Beobachtung der Kapitalanlagen und -märkte sowie Ergreifen entsprechender Steuerungsmaßnahmen Rechnung getragen. Bei Bedarf kommen auch geeignete Kapitalmarktinstrumente zum Einsatz.

Darüber hinaus können die zusätzlich zum Garantiezins gezahlten Überschussbeteiligungen der Kapitalmarktlage angepasst werden.

Die bei Vertragsabschluss von bestimmten Produkten garantierte Mindestverzinsung muss dauerhaft erwirtschaftet werden. Ein Zinsgarantierisiko besteht darin, dass Neuanlagen in Niedrigzinsphasen möglicherweise den garantierten Zins nicht erzielen werden. Hierin liegt derzeit das bedeutendste Risiko der deutschen Lebensversicherung.

Zudem ist es aufgrund des begrenzten verfügbaren Angebots an langlaufenden festverzinslichen Wertpapieren am Kapitalmarkt nahezu unmöglich, die Zinsverpflichtungen der Verträge fristenkongruent zu bedecken. Dies führt dazu, dass die Zinsbindung der Aktivseite kürzer ist als diejenige der Verpflichtungsseite (sogenannter Durations- oder Asset-Liability-Mismatch).

Durch die gesetzliche Anforderung zur Bildung einer Zinszusatzreserve birgt ein dauerhaft niedriges Zinsniveau das Risiko erheblicher Aufwände für Zuführungen zur Zinszusatzreserve. Dies erfordert hohe Verzinsungen der Kapitalanlage, die teilweise nur durch das Realisieren von Bewertungsreserven sichergestellt werden können. Bei einem schnellen Zinsanstieg besteht das Risiko, dass weiterhin hohe Zuführungen zur Zinszusatzreserve erforderlich sind, hierfür aber keine Bewertungsreserven mehr realisiert werden können.

Zur Steuerung dieses Risikos ist beabsichtigt, im nächsten Geschäftsjahr geeignete sonstige Kapitalanlagen in neu zu gründende Tochtergesellschaften einzubringen.

Sollte das niedrige Zinsniveau an den Kapitalmärkten weiterhin langfristig anhalten, so würde dies die Gesellschaft wie auch die gesamte Branche der Pensionskassen vor erhebliche Herausforderungen stellen.

Währungsrisiken

Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse.

Das Währungsrisiko spielt bei der Gesellschaft nur eine untergeordnete Rolle, da die Kapitalanlage fast ausschließlich in Euro erfolgt.

Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko steht für das Risiko aus Schwankungen des Werts der in der Kapitalanlage gehaltenen Immobilien. Hierbei werden sowohl Immobilien im engeren Sinne (z. B. Grundstücke und Gebäude) als auch Immobilienfonds berücksichtigt.

Im Fall von direkten Investitionen in Immobilien werden auf Objekt- und Portfolio-Ebene regelmäßig die Rendite und weitere wesentliche Performance-Kennzahlen (z. B. Leerstände oder Rückstände) gemessen. Bei indirekten Immobilieninvestitionen wird das Risiko durch regelmäßige Beobachtung der Fondsentwicklung und -performance kontrolliert.

Kreditrisiken aus der Kapitalanlage

Kreditrisiken beschreiben allgemein die Risiken eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, die sich aus Fluktuationen bei der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergeben, gegenüber denen die Gesellschaft Forderungen hat. Sie treten in Form von Gegenparteiausfallrisiken, Spread-Risiken oder Marktrisikokonzentrationen auf.

Die Gesellschaft führt regelmäßig Bonitätsprüfungen der vorhandenen Schuldner durch. Bonitätsrisiken unter Investmentgrade und ohne Rating werden in allenfalls begrenztem Umfang eingegangen.

Zur Steuerung des Ausfall- bzw. Bonitätsrisikos werden Ratingkategorien und Sicherungsinstrumente berücksichtigt. Die Bonität der Schuldner wird laufend überwacht. Wesentlicher Anhaltspunkt für die Investitionsentscheidung durch das Portfolio-Management sind die durch externe Agenturen wie Standard & Poor's, Moody's oder Fitch vergebenen Ratingklassen.

Bonitätsstruktur der festverzinslichen Kapitalanlagen ¹⁾

	Marktwert Mio. EUR	Anteil %
AAA	932,2	47,5
AA	711,2	36,3
A	142,0	7,2
BBB	167,0	8,5
< BBB	5,0	0,3
ohne Rating	3,7	0,2
Emittentenrisiko	1.961,1	100,0

¹⁾ inkl. Rentenfonds

Zur Minderung des Konzentrationsrisikos wird eine breite Mischung und Streuung der Anlagen beachtet. Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern werden möglichst vermieden.

Gliederung der festverzinslichen Kapitalanlagen¹⁾ nach Art der Emittenten

	Marktwert Mio. EUR	Anteil %
Staats- und Kommunalanleihen	1.126,3	57,4
Gedekte Schuldverschreibungen	477,5	24,3
Industrieanleihen	146,4	7,5
Erstrangige Schuldverschreibungen von Finanzinstituten	138,5	7,1
Nachrangige Schuldverschreibungen von Finanzinstituten	41,3	2,1
Hypotheken und Policendarlehen	25,5	1,3
Verbundene Unternehmen	5,6	0,3
Summe	1.961,1	100,0

¹⁾ inkl. Rentenfonds

Infrastrukturanlagerisiken

Risiken aus Infrastrukturanlagen beziehen sich auf Wertänderungen und Schwankungen in den Erträgen entsprechender Infrastrukturanlagen. Ihre Steuerung erfolgt über sorgfältige Due-Diligence-Prüfungen im Vorfeld sowie laufende Monitoring-Maßnahmen. Hierfür wird spezialisiertes Know-how vorgehalten.

Derivate und strukturierte Produkte

Sofern Derivatgeschäfte zur Ertragsvermehrung, Erwerbsvorbereitung und Absicherung von Beständen sowie Geschäfte mit strukturierten Produkten getätigt werden, werden sie im Rahmen der internen Richtlinien der Gesellschaft abgeschlossen. Derivatpositionen und -transaktionen werden im Reporting detailliert aufgeführt. Auf der einen Seite sind Derivate wegen ihrer sehr niedrigen Transaktionskosten und ihrer sehr hohen Marktliquidität und -transparenz effiziente und flexible Instrumente zur Portfoliosteuerung. Auf der anderen Seite gehen mit dem Einsatz von Derivaten auch zusätzliche Risiken wie z. B. Basisrisiko, Kurvenrisiko und Spread-Risiko einher, die detailliert überwacht und zielgerecht gesteuert werden.

Zur Absicherung des Wiederanlagerisikos wurden im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Quoten Vorkäufe im Direktbestand durchgeführt. Weiterhin wurden zur Hebung von stillen Reserven Vorverkäufe getätigt.

Strukturierte Produkte waren zum 31.12.2017 mit einem Gesamtwert von 140,0 (131,6) Mio. EUR im Direktbestand.

Gegenparteiausfallrisiken

Die Berücksichtigung des Gegenparteiausfallrisikos deckt risikomindernde Verträge wie z. B. Rückversicherungsvereinbarungen

oder Verbriefungen sowie Forderungen gegen Vermittler und alle sonstigen Kreditrisiken ab, soweit sie nicht anderweitig in der Risikomessung berücksichtigt werden.

Informationen zu Ausfallrisiken in der Kapitalanlage finden sich oben unter dem Stichwort der Kreditrisiken.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegen Rückversicherer
Beim Forderungsausfallrisiko gegenüber Rückversicherern handelt es sich um die Möglichkeit des Ausfalls von Anteilen der Rückversicherer an versicherungstechnischen Passiva abzüglich Rückversicherungsdepots oder anderer Sicherheiten.

Zur Risikominderung wird die Bonität der Rückversicherungspartner bei der Auswahl der Vertragspartner berücksichtigt und im Vertragsverlauf überwacht. Der Ausfall von Forderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft ist aufgrund der guten Ratings der Rückversicherungspartner nur ein geringes Risiko.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass die Gesellschaft nicht in der Lage ist, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. So können z. B. wegen der Illiquidität von Märkten Bestände nicht oder nur mit Verzögerungen veräußert werden oder offene Positionen nicht oder nur mit Kursabschlägen geschlossen werden.

Den Liquiditätsrisiken wird durch eine kontinuierliche Abstimmung der Fälligkeiten der Kapitalanlagen und der finanziellen Verpflichtungen begegnet. Durch eine hinreichend liquide Anlagestruktur wird sichergestellt, dass die Gesellschaft jederzeit in der Lage ist, die erforderlichen Auszahlungen zu leisten.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt.

Risiken aus Business Continuity und IT Service Continuity

Risiken aus Business Continuity und IT Service Continuity bezeichnen Risiken, die aus dem Ausfall wesentlicher Teile oder des Totalausfalls der Infrastruktur resultieren. Hierzu zählen Störungen der Gebäudeinfrastruktur oder der Ausfall von bzw. technische Probleme mit der IT-Infrastruktur.

Risiken aus Störungen der Gebäudeinfrastruktur reduziert die Gesellschaft mit wirksamen Risikosteuerungsmaßnahmen u. a. durch

die Einhaltung von Sicherheits- und Wartungsvorschriften sowie Brandschutzmaßnahmen. Um Risiken aus einer Unterbrechung des Geschäftsbetriebs aufgrund von Krisen oder Notfällen zu begegnen, ist in der Gesellschaft ein Krisenmanagement etabliert, das im Falle einer Störung eine schnellstmögliche Rückkehr in den Normalbetrieb sicherstellt. Der Notfallvorsorge wird mittels eines Notfallhandbuchs, der Durchführung von Business-Impact-Analysen zur Ermittlung der Kritikalität von Geschäftsprozessen, der Einrichtung eines Krisenstabs und Notfallteams Rechnung getragen.

Das Risiko des Ausfalls der IT-Infrastruktur wird durch regelmäßige Kontrollen, redundante Systeme, Backup- und Recovery-Verfahren sowie Rufbereitschaft verringert. Gezielte Investitionen in die Sicherheit und Verfügbarkeit der Informationstechnologie erhalten und steigern das bestehende hohe Sicherheitsniveau.

Risiken aus Prozessen

Prozessrisiken beschreiben Risiken von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen.

Die Gesellschaft hat ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet, durch das insbesondere Prozessrisiken systematisch identifiziert und mit Kontrollmaßnahmen versehen werden. Die Notwendigkeit, Vollständigkeit und Wirksamkeit der Kontrollmaßnahmen wird im Rahmen von regelmäßigen Prozessreviews durch den jeweiligen Prozessverantwortlichen bewertet. Die Interne Revision beurteilt in regelmäßigen Abständen von ihrem objektiven Standpunkt aus, inwiefern die Kontrollen angemessen und wirksam sind.

Compliance-Risiken inklusive steuerlicher und rechtlicher Risiken

Compliance-Risiken beschreiben Risiken der Nichteinhaltung von Recht und Gesetz, regulatorischen Anforderungen sowie selbst gesetzten Regeln. Sie schließen steuerliche und rechtliche Risiken ein. Rechtliche Risiken liegen in Verträgen und allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen wie z.B. insbesondere geschäftsspezifischen Unwägbarkeiten des Wirtschafts- und Steuerrechts.

Mögliche Entwicklungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung oder gesetzliche Änderungen, insbesondere gesellschaftsrechtlicher, produktrechtlicher oder steuerlicher Natur, werden frühzeitig identifiziert und eng überwacht.

Betrugsrisiken

Betrugsrisiken beinhalten interne und externe Betrugsfälle einschließlich nicht autorisierter Handlungen.

Dem Risiko von dolosen Handlungen begegnet die Gesellschaft durch Regelungen und interne Kontrollen in den Fachbereichen. So

unterliegen Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen strengen Vollmachts- und Berechtigungsregelungen. Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip bei wichtigen Entscheidungen und Stichproben bei serienhaften Geschäftsvorfällen erschweren dolose Handlungen. Darüber hinaus prüft die Interne Revision unternehmensweit Systeme, Prozesse und Einzelfälle.

Personelle Risiken

Personelle Risiken bezeichnen Risiken, die sich aus einem Mangel an qualifizierten Fach- und Führungskräften ergeben. Entsprechend qualifizierte Mitarbeiter sind für das Geschäft mit starker Kundenorientierung sowie die Umsetzung wichtiger Projekte notwendig.

Zur Minderung von personellen Risiken legt die Gesellschaft großen Wert auf Aus- und Fortbildung. So können sich die Mitarbeiter durch individuelle Entwicklungspläne und angemessene Qualifizierungsangebote auf die aktuellen Marktanforderungen einstellen. Moderne Führungsinstrumente und adäquate monetäre ebenso wie nicht monetäre Anreizsysteme fördern einen hohen Einsatz der Mitarbeiter. Auch Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der Mitarbeiter sowie Prozessdokumentationen und Vertretungsregelungen tragen dazu bei, Personalrisiken zu reduzieren.

Informations- und IT-Sicherheitsrisiken

Informations- und IT-Sicherheitsrisiken schließen insbesondere Informationsverlust und IT-Sicherheitsverletzungen mit ein. Die Verfügbarkeit der Anwendungen, die Sicherheit und Vertraulichkeit und die Integrität der verwendeten Daten sind von entscheidender Bedeutung für die Gesellschaft.

Sicherheit im IT-Bereich wird bei der Gesellschaft durch Zugangskontrollen, Zugriffsberechtigungssysteme und Sicherungssysteme für Programme und Datenhaltung gewährleistet. Bei der Verbindung interner und externer Netzwerke ist eine schützende Firewall-Technik installiert, die regelmäßig überprüft und ständig weiterentwickelt wird.

Um bei allen Mitarbeitern ein gutes Grundverständnis für die Bedeutung, Bedrohungen und Sicherheit von Informationen zu gewährleisten, werden zielgruppenorientierte Trainingsmaßnahmen zur Informationssicherheit durchgeführt.

Outsourcing-Risiken

Outsourcing-Risiken bezeichnen Risiken, die sich aus einer unzureichenden Leistungserbringung von Dienstleistern ergeben.

Risiken aus ausgegliederten Funktionen oder Dienstleistungen sind grundsätzlich in den Risikomanagement-Prozess eingebunden und

werden identifiziert, bewertet, gesteuert und überwacht, auch wenn die Dienstleistung konzernintern erfolgt. Zudem werden vor Ausgliederung von Tätigkeiten/Bereichen initiale Risikoanalysen durchgeführt.

Die Gesellschaft lässt sich erforderliche Auskunfts- und Weisungsbefugnisse von dem Dienstleister vertraglich zusichern. In allen Ausgliederungsverträgen ist für die Gesellschaft stets ein umfassendes, direktes Weisungs- und Informationsrecht vorgesehen. Dieses berechtigt den Vorstand, jederzeit Einzelweisungen zu erteilen. Damit ist der Vorstand in der Lage, Einfluss auf die ausgegliederten Bereiche zu nehmen.

Zudem wird eine angemessene und fortlaufende Kontrolle und Beurteilung der Dienstleister durch diverse Beurteilungsmaßnahmen gewährleistet (u. a. Definition von Produktkatalogen einschließlich Service-Level-Agreements und Durchführung von Kundenzufriedenheitsbefragungen zur Überprüfung der Einhaltung der vereinbarten Leistungs- und Qualitätskriterien).

Andere wesentliche Risiken

Strategische Risiken

Strategische Risiken ergeben sich aus der Gefahr eines Missverhältnisses zwischen der Geschäftsstrategie und den sich ständig wandelnden Rahmenbedingungen des Unternehmensumfelds. Ursachen für ein solches Ungleichgewicht können z. B. falsche strategische Grundsatzentscheidungen oder eine inkonsequente Umsetzung der festgelegten Strategien sein. Auch negative Entwicklungen im Markt- bzw. Unternehmensumfeld sowie Marktanteilsverluste und Vertriebsrisiken werden unter den Begriff der strategischen Risiken gefasst.

Die Gesellschaft überprüft ihre Geschäfts- und Risikostrategie mindestens jährlich u. a. auf Konsistenz und passt Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an. Strategischen Risiken wird im Rahmen der Planungs- und Steuerungsprozesse begegnet.

Projektrisiken

Projektrisiken beschreiben Risiken einer Gefährdung des vorgesehenen Ablaufs oder einer Nichterreichung der Ziele von Projekten.

Projektrisiken und ihre Auswirkungen werden im Rahmen des Projektmanagements systematisch erhoben. Der Fortschritt der Projekte wird regelmäßig überprüft und bewertet. Dadurch wird sichergestellt, dass rechtzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen getroffen werden können, wenn sich bezüglich der Erreichung der Zeit- und Qualitätsziele Schwierigkeiten abzeichnen sollten.

Im Rahmen eines übergreifenden Programms innerhalb des Geschäftsbereichs Talanx Deutschland sollen in den kommenden Jahren verschiedene Projekte umgesetzt werden, die die Zukunftssicherung der Gesellschaft zum Ziel haben. Für die diesem Programm zugehörigen Projekte kommen die im Unternehmen verbindlich eingerichteten Linienprozesse zur Kontrolle und Steuerung des Projektportfolios zum Einsatz. Zusätzlich wurden speziell für dieses Programm noch weitere Steuerungsmaßnahmen eingerichtet.

Reputationsrisiken

Reputationsrisiken sind Risiken, die sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens ergeben.

Reputationsrisiken werden intensiv beobachtet. Zur Verringerung von Reputationsrisiken ist ein professionelles Beschwerdemanagement installiert. Darüber hinaus wird die Gefahr von Reputationsrisiken durch die Qualitätsanforderungen an die Produkte, ein ständiges Qualitätsmanagement der wesentlichen Geschäftsprozesse sowie durch strenge Datenschutz- und Compliance-Richtlinien begrenzt. Das Kommunikationsmanagement im Krisenfall ist geregelt.

Emerging Risks

Emerging Risks sind neue zukünftige Risiken, deren Risikogehalt noch nicht zuverlässig bekannt ist und deren Auswirkungen nur schwer beurteilt werden können. Solche Risiken entwickeln sich im Zeitablauf von schwachen Signalen zu eindeutigen Tendenzen mit einem hohen Gefährdungspotential. Es ist deshalb bedeutsam, diese Signale frühzeitig zu erfassen, zu bewerten und zu steuern.

Die Emerging Risks werden im Risikomanagement der Gesellschaft halbjährlich aktualisiert. Im Prozess der Erhebung und Bewertung der Emerging Risks obliegt dem Risikosteuerungskreis die finale Freigabe der Risikoeinschätzung. Die Emerging Risks sind in die Risikoberichterstattung einbezogen.

Prognose- und Chancenbericht

Unsere nachstehenden Ausführungen stützen sich auf fundierte Experteneinschätzungen Dritter sowie auf die von uns als schlüssig erachteten Planungen und Prognosen; dennoch handelt es sich um unsere subjektive Einschätzung. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die tatsächlichen Entwicklungen von der hier wiedergegebenen erwarteten Entwicklung abweichen werden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für 2018 erwarten wir eine Fortsetzung des globalen Wachstums, das sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals leicht beschleunigen

wird. Sowohl Industriestaaten als auch Schwellenländer dürften leicht über dem Niveau des Jahres 2017 expandieren. Als zentrale Wachstumstreiber sehen wir den Welthandel, eine anhaltend dynamische Konsumententwicklung sowie steigendes Investitionswachstum.

Nach einem wachstumsstarken 2017 stehen die Anzeichen in der Eurozone auf Fortsetzung des Wachstums im Jahr 2018. Neben einer dynamischen Arbeitsmarkt- und damit Einkommens- und Konsumentwicklung sorgen vor allem ein anziehendes Investitionswachstum und eine starke Entwicklung der Nettoexporte für ein äußerst positives Bild. Politische Unsicherheit könnte auch in diesem Jahr den Wachstumsausblick belasten – die Parlamentswahl in Italien sowie der Verlauf der Brexit-Verhandlungen dürften dabei zentrale Risiken sein. Insgesamt bleibt der Ausblick für die Eurozone jedoch positiv.

Die USA befinden sich nach wie vor auf einem stabilen Wachstumspfad und dürften ihren Wachstumszyklus 2018 nochmals beschleunigen. Wachstumstreiber sind u. a. die Konsumententwicklung und Investitionstätigkeit. Für einen zusätzlichen Wachstumsimpuls sorgen die Implementierung der US-Steuerreform und Wiederaufbaumaßnahmen nach den verheerenden Hurrikans im dritten Quartal 2017.

Die Schwellenländer profitieren aufgrund ihrer häufig sehr exportorientierten Wachstumsmodelle besonders von der globalen Wachstumsbeschleunigung. Dank der Erholung der Rohstoffpreise, des positiven außenwirtschaftlichen Umfelds sowie der Konsumententwicklung erwarten wir für die Schwellenländer ein stärkeres Wachstum im Jahr 2018. Gleichwohl bleiben nach wie vor Risiken: Speziell die Transformation der chinesischen Volkswirtschaft von einem export- und investitionsorientierten Wachstumsmodell zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft in Kombination mit strukturellen Problemen – wie die hohe Verschuldung des Privatsektors – dürften auch 2018 belastend wirken. Wir gehen von einer graduellen Abschwächung des Wachstums in China aus.

Die starke Rohstoffpreisdynamik sollte zu einem deutlichen Anstieg der Inflationsraten in der ersten Jahreshälfte führen. Die zunehmende Auslastung der globalen Produktionskapazitäten im Kontext der globalen Wachstumsbeschleunigung dürfte jedoch für einen graduellen Anstieg der Kerninflation sorgen, d. h. der Teuerungsrate ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise. Wir rechnen mit einer vorsichtigen Normalisierung der globalen Geldpolitik. Die EZB wird ihr Ankaufprogramm voraussichtlich in diesem Jahr beenden. Die US-amerikanische Notenbank sieht sich mit einem deutlich reiferen Konjunkturzyklus konfrontiert und dürfte dementsprechend eine schnellere Straffung der Geldpolitik vornehmen.

Kapitalmärkte

Wir erwarten eine ausreichende Nachfrage nach Kreditprodukten, auch durch die Unterstützung des Ankaufprogramms, das die EZB auf verringertem Niveau weiterführt. Die Anfälligkeit für Spreadausweitungen bzw. Spreadvolatilität sollte jedoch steigen.

Das Bewertungsniveau der europäischen und amerikanischen Aktienmärkte ist im Berichtsjahr signifikant angestiegen und das Kurspotenzial daher limitiert. Vor allem in den USA sehen wir das Aufwärtspotenzial bereits weitgehend ausgeschöpft. Dagegen sind die Gewinnmargen und Eigenkapitalrenditen in Europa vergleichsweise niedrig. Wir erwarten deshalb einen Nachholbedarf, wenn die Konjunktur in Europa sich weiter verbessert. Wir bleiben weiterhin optimistisch hinsichtlich der Aktienmarktentwicklung und sehen das positive Konjunkturmilieu als zentralen Kurstreiber dank steigender Unternehmensgewinne. Politische Unsicherheiten, geopolitische Konflikte sowie die zunehmende Normalisierung der globalen Geldpolitik könnten jedoch zu einer höheren Marktvolatilität führen.

Künftige Branchensituation

Trotz der positiven Entwicklung im Vorjahr ist das konjunkturelle Umfeld weiterhin von konjunkturellen Risikofaktoren geprägt, sodass Prognosen generell mit einem Vorbehalt behaftet sind. Unter der Annahme, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht wesentlich verschlechtern, dürfte die Versicherungswirtschaft nach Einschätzung des GDV 2018 ein gegenüber dem Vorjahr leicht zunehmendes Beitragsvolumen erreichen.

Lebensversicherung

Nachdem das Beitragsvolumen der deutschen Lebensversicherer im Berichtsjahr weitgehend stagnierte, geht der GDV für 2018 von einem leichten Rückgang der Beiträge aus. Angesichts der anhaltend niedrigen Zinsen und der damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Gesamtverzinsung dürfte die Profitabilität der deutschen Lebensversicherer 2018 weiterhin belastet sein.

Chancen aus der Entwicklung der Rahmenbedingungen

Finanzmarktstabilität

Bei den Versicherungsnehmern besteht vor dem Hintergrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus sowie der Volatilität an den Kapitalmärkten ein anhaltend hoher Grad an Belastung und Verunsicherung. Dieses gesamtwirtschaftliche Umfeld bietet aber auch Chancen für Versicherungsunternehmen, innovative Produkte zu entwickeln, die auf diese neuen Gegebenheiten ausgerichtet sind. In Europa, den USA und Asien haben sich vermehrt Lebensversicherer auf den Absatz moderner, flexibler und an die Aktienmarktentwicklung gebundener Produkte konzentriert. Die Zukunft der klassischen deutschen Lebensversicherung, bei der Garantien für die gesamte Laufzeit gege-

ben werden, ist mehr als fraglich. Der Trend geht eindeutig hin zu kapitaleffizienten Produkten, die für den Lebensversicherer eigenmittelschonend sind und gleichzeitig den Kunden zusätzliche Ertragschancen bieten.

Sollte sich das Finanzmarktumfeld deutlicher stabilisieren und die Produktinnovationen schneller Akzeptanz finden als derzeit erwartet, könnte sich dies positiv auf das Prämienwachstum, die Kapitalanlagerendite und die Ertragslage auswirken und dazu führen, dass wir unsere Prognosen übertreffen.

Interne Prozesse

Um unseren Konzern zukunfts- und wettbewerbsfähiger zu machen und um Kostennachteile im deutschen Privatkundengeschäft zu beseitigen, richten wir den Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland derzeit neu aus. Unter dem Strich geht es darum, Komplexität zu reduzieren und Prozesse kundenfreundlicher und effizienter zu gestalten. Grundlage sind die vier Handlungsfelder Kundennutzen, profitables Wachstum, Effizienz und Leistungskultur. Nur wenn unsere Kunden rundum zufrieden sind, werden wir erfolgreich sein. Daher arbeiten wir daran, sowohl Endkunden als auch Vertriebspartnern ihre Entscheidung so einfach wie möglich zu machen – klare Sprache, schnelle Lösungen, überzeugende Produkte. Um eine positive Prämien- und Ergebnisentwicklung zu erreichen, müssen wir unser Geschäft an eindeutigen Risiko- und Renditevorgaben ausrichten und Chancen im Markt konsequent nutzen. Deshalb müssen wir jedes einzelne Produkt auf seine nachhaltige Rentabilität prüfen. Wir arbeiten daran, vorhandene Kundenkontakte noch konsequenter bereichsübergreifend zu nutzen. Diese Neuausrichtung erfordert die Überzeugung, dass sich unser Denken und Handeln konsequent am Maßstab Leistung orientieren muss. Eine solche Kultur wollen wir aktiv fördern.

Sollte die Neuordnung der internen Prozesse schneller als derzeit erwartet voranschreiten, könnte sich dies positiv auf die Prämienentwicklung und die Ertragslage auswirken und dazu führen, dass wir unsere Prognosen übertreffen.

Digitalisierung

Kaum eine Entwicklung verändert die Versicherungsbranche so nachhaltig wie die Digitalisierung. Durch die Digitalisierung werden Geschäftsprozesse und -modelle mittels Nutzung von IT-Systemen grundlegend neu gestaltet. Diese Entwicklung ist insbesondere für die Wettbewerbsfähigkeit von Versicherungsunternehmen entscheidend. Hierdurch ergeben sich neue Möglichkeiten bei der Kommunikation mit Kunden, der Abwicklung von Versicherungsfällen, der Auswertung von Daten und der Erschließung neuer Geschäftsfelder. Wir führen zahlreiche Projekte durch, um den digitalen Wandel zu gestalten. So sollen die Geschäftsprozesse im Geschäftsbereich Pri-

vat- und Firmenversicherung Deutschland effizienter gestaltet, die Dunkelverarbeitungsquote erhöht und die Servicequalität verbessert werden. Durch die Digitalisierung ergeben sich zahlreiche Chancen. So ist es möglich, Versicherungsfälle deutlich schneller, unkomplizierter und kostengünstiger abzuwickeln. Vor allen Dingen aber bietet die Digitalisierung die Möglichkeit, als großer international agierender Konzern von Skaleneffekten zu profitieren.

Sollten die Digitalisierungsprojekte im Konzern schneller umgesetzt werden als derzeit erwartet, könnte sich dies positiv auf die Ertragslage auswirken und dazu führen, dass wir unsere Prognose übertreffen.

Entwicklung der HDI Pensionskasse

Wie in den Vorjahren auch wird im Jahr 2018 der Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland die Umsetzung des auf mehrere Jahre angelegten Programms KuRS weiterverfolgen. Ziele des Programms sind es, den Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland zu stabilisieren, seine Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu verbessern und ihn somit zukunftsfähig aufzustellen. Schwerpunkte bei der Umsetzung sind zunächst die Optimierung der Geschäftsprozesse und die Erhöhung der Servicequalität für Kunden und Vertriebspartner. Hierzu gehören auch die Modernisierung der IT sowie die Erhöhung der Transparenz über Bestandsdaten und Kosten.

Das Wachstumstempo der der Lebensversicherung zugehörigen Pensionskassen hat sich in den letzten Jahren nur noch verhalten entwickelt. Hiervon war in den vergangenen Jahren auch unsere Gesellschaft betroffen, auch weil Produkte wie die konventionelle Rentenversicherung mit Indexbeteiligung „TwoTrust Selekt“ und die fondsgebundenen Hybridprodukte („TwoTrust“-Produktgeneration) mit den damit verbundenen Wettbewerbsvorteilen nur in der Direktversicherung eingeführt und nur von unserer Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG angeboten werden. Auch die Neueinführung von „TwoTrust Kompakt“ als moderne, klassische Rentenversicherung erfolgte zum 1.1.2016 ausschließlich über die HDI Lebensversicherung AG in den Durchführungswegen Direktversicherung und Unterstützungskasse. Als modernes, klassisches Produkt für den sicherheitsorientierten Kunden kann TwoTrust Kompakt von HDI Leben auch als Nachfolgeprodukt im Rahmen der Firmengruppenverträge der HDI Pensionskasse AG genutzt werden.

Für die HDI Pensionskasse AG hat die strategische Neuausrichtung im Bereich der betrieblichen Altersversorgung zur Folge, dass das vertriebllich akquirierte Neugeschäft mit konventionellen Lebensversicherungen alter Bauart im Jahr 2016 zugunsten von kapitaleffizienten Produkten der Schwestergesellschaft HDI Lebensversi-

derung AG aufgegeben wurde. Bestehende Versicherungsverträge werden unverändert fortgeführt. Die HDI Pensionskasse AG wird die zugesagten Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden selbstverständlich erfüllen.

Ausblick der HDI Pensionskasse AG

Im Hinblick auf die weiterhin insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen und die Einstellung des Neugeschäfts planen wir nur noch mit stark rückläufigen Neugeschäftsbeiträgen aus Dynamiken und Vertragsanpassungen. Bei den Bruttobeiträgen erwarten wir eine durch Abläufe geprägte, rückläufige Entwicklung.

Auch im Jahr 2018 werden weiterhin der Aufbau der Zinszusatzreserve und die weitere Stärkung der Solvabilität im Vordergrund stehen. Hierzu prüfen wir insbesondere auch den Einsatz einer traditionellen Quotenrückversicherung eines kleinen Teils unserer biometrischen Risiken.

Das insgesamt gesunkene Zinsniveau wird auf Basis des gestiegenen Kapitalanlagebestands unserer Erwartung nach zu einem weitgehend konstanten laufenden Ergebnis führen. Eine Ausweitung der Realisationen erscheint daher nur in geringem Umfang notwendig, so dass das Kapitalanlageergebnis unserer Gesellschaft nur leicht zunehmen wird. Nach unseren derzeitigen Planungen wird die Gesellschaft auch 2018 ein leicht positives Ergebnis darstellen können.

Köln, den 19. Februar 2018

Der Vorstand:

Ulrich Rosenbaum

Dr. Michael Pannenberg

Fabian von Löbbbecke

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2017 (Anlage 1 zum Lagebericht)

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten TEUR
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	118.649	107.304	1.744	954	2.916
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	2.607	3.563	493	305	628
2. sonstiger Zugang	0	25	9	12	366
3. gesamter Zugang	2.607	3.588	502	318	994
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	209	95	0	0	0
2. Beginn der Altersrente	487	305	0	0	0
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	6	0	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	1.262	1.262	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	1.561	2.202	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	17	3	0	0	0
7. sonstiger Abgang	368	438	127	130	94
8. gesamter Abgang	3.910	4.306	127	130	94
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	117.346	106.586	2.119	1.142	3.816
davon:					
1. beitragsfreie Anwartschaften	45.119	48.585	0	0	0
2. in Rückdeckung gegeben	989	913	0	0	0

Hinterbliebenenrenten					
Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
			Witwen	Witwer	Waisen
Anzahl	Anzahl	Anzahl	TEUR	TEUR	TEUR
25	0	4	16	0	1
4	4	0	0	2	0
0	2	0	3	2	0
4	6	0	3	4	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
1	0	3	0	0	1
1	0	3	0	0	1
28	6	1	19	4	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0

Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2017 (Anlage 2 zum Lagebericht)

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	0	0	35.599	441.538
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	0	0	34.231	428.564
davon in Rückdeckung gegeben	0	0	1.351	39.647

Versicherungsarten (Anlage 3 zum Lagebericht)

Folgende Versicherungsarten sind im Geschäftsjahr 2017 betrieben worden:

Rentenversicherung

- konventionelle Rentenversicherung
- fondsgebundene Rentenversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Zusatzversicherung

- Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
- sonstige Zusatzversicherung

Jahresabschluss.

28 Bilanz

32 Gewinn- und Verlustrechnung

34 Anhang

34 Angaben zur Gesellschaft

34 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

40 Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

46 Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

48 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

50 Sonstige Angaben

52 Gewinnverwendung

Bilanz zum 31.12.2017

Aktiva	31.12.2017	31.12.2016
TEUR		
A. Kapitalanlagen		
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	27.456	26.046
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.898	4.898
3. Beteiligungen	450	450
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.050	1.050
	33.854	32.444
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	73.503	43.152
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	914.487	828.581
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	465.476	446.375
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	224.062	243.621
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	12	12
d) übrige Ausleihungen	2.034	3.034
	691.584	693.041
	1.679.574	1.564.774
	1.713.428	1.597.218
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice		
	79.196	72.496

Aktiva	31.12.2017	31.12.2016
TEUR		
C. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
– davon an verbundene Unternehmen: 0 (0) TEUR		
– davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR		
1. Versicherungsnehmer		
a) fällige Ansprüche	4.907	7.713
b) noch nicht fällige Ansprüche	942	1.189
2. Versicherungsvermittler	2.683	3.900
	8.532	12.802
II. Sonstige Forderungen		
– davon an verbundene Unternehmen: 235 (9) TEUR	5.434	4.243
– davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR		
	13.967	17.045
D. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	21.146	9.608
II. Andere Vermögensgegenstände	49	38
	21.196	9.645
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
Abgegrenzte Zinsen und Mieten	20.041	20.194
Summe der Aktiva	1.847.827	1.716.598

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 (5) VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, den 16. Februar 2018

Der Treuhänder: Walter Schmidt

Passiva	31.12.2017	31.12.2016
TEUR		
A. Eigenkapital		
I. Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	5.000	5.000
II. Kapitalrücklage		
	34.170	34.170
III. Gewinnrücklagen		
	435	435
IV. Bilanzgewinn		
	350	0
	39.955	39.605
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Beitragsüberträge		
1. Bruttobetrag	8.303	8.325
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	666	643
	7.636	7.682
II. Deckungsrückstellung		
1. Bruttobetrag	1.638.193	1.529.944
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	904	757
	1.637.289	1.529.187
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
1. Bruttobetrag	2.270	1.870
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	229	264
	2.041	1.606
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
1. Bruttobetrag	43.510	33.423
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	0
	43.510	33.423
	1.690.476	1.571.898
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird		
I. Deckungsrückstellung		
1. Bruttobetrag	79.194	72.494
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	0
	79.194	72.494
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen		
1. Bruttobetrag	2	2
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	0
	2	2
	79.196	72.496
D. Andere Rückstellungen		
I. Steuerrückstellungen		
	2.055	750
II. Sonstige Rückstellungen		
	662	857
	2.717	1.607
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		
	1.570	1.400

Passiva	31.12.2017	31.12.2016
TEUR		
F. Andere Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		
– davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 1 (0) TEUR		
– davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR		
1. gegenüber Versicherungsnehmern	16.236	18.500
– davon verzinslich angesammelte Überschussanteile: 4.766 (4.746) TEUR		
2. gegenüber Versicherungsvermittlern	2.570	2.126
	18.806	20.626
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	564	594
– davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 77 (136) TEUR		
– davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR		
III. Sonstige Verbindlichkeiten	14.543	8.372
– davon aus Steuern: 0 (0) TEUR		
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 (0) TEUR		
– davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 774 (1.222) TEUR		
– davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR		
	33.912	29.592
Summe der Passiva	1.847.827	1.716.598

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B.II. und C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 235 Abs. 1 Nr. 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 in Verbindung mit § 233 Abs. 3 Satz 2 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 29. Januar 2018 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Köln, den 16. Februar 2018

Der Verantwortliche Aktuar: Dr. Michael Pannenberg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017

	2017	2016
TEUR		
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
a) Gebuchte Bruttobeiträge	101.712	112.903
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-1.081	-1.588
	100.631	111.315
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	22	286
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	23	546
	45	832
	100.676	112.147
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	3.566	3.605
3. Erträge aus Kapitalanlagen – davon aus verbundenen Unternehmen: 153 (153) TEUR	67.990	58.217
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	4.725	3.614
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung	816	3.931
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	-39.713	-37.965
bb) Anteil der Rückversicherer	319	694
	-39.394	-37.271
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	-399	-1.393
bb) Anteil der Rückversicherer	-35	74
	-435	-1.319
	-39.829	-38.590
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		
a) Deckungsrückstellung		
aa) Bruttobetrag	-114.949	-127.922
bb) Anteil der Rückversicherer	147	56
	-114.802	-127.866
b) Sonstige versicherungstechnische Nettorückstellungen	-0	-0
	-114.803	-127.866
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung	-14.010	-4.963
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung	-1.833	-5.169
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen	-2.085	-2.028
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	-190	-119
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung	-2.959	-2.665
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	2.064	114

Anmerkung: Aufwandsposten sind mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

	2017	2016
TEUR		
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung – Übertrag	2.064	114
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	1.964	3.145
2. Sonstige Aufwendungen	-2.361	-2.751
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	1.667	509
4. Außerordentliche Erträge	0	2
5. Außerordentliche Aufwendungen	0	-74
6. Außerordentliches Ergebnis	0	-71
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.317	-437
8. Jahresüberschuss = Bilanzgewinn	350	0

Anmerkung: Aufwandsposten sind mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Anhang

Angaben zur Gesellschaft

Die HDI Pensionskasse AG mit Sitz in Köln wird beim Amtsgericht Köln unter der Handelsregisternummer HRB 82614 geführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Jahresabschluss und Lagebericht der Gesellschaft werden nach den für Versicherungsunternehmen geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) sowie den relevanten Verordnungen in ihrer zum Bilanzstichtag gültigen Fassung aufgestellt.

Aktiva

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip (§ 341b Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB), wonach Abschreibungen vorgenommen werden, wenn die fortgeführten Anschaffungskosten über dem langfristig beizulegenden Wert am Bilanzstichtag liegen.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Dabei werden die Kapitalanlagen bei Erwerb mit dem Kaufkurs angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zum Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über den Zeitraum bis zum Zeitpunkt des ersten Call-, Zinsanpassungs- oder Verlängerungstermins amortisiert. Abschreibungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip vorgenommen, falls am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem beizulegenden Wert liegen.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden, sofern sie nach den Grundsätzen des Umlaufvermögens geführt werden, nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten oder den darunter liegenden Marktwerten angesetzt. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB). Dauerhafte Wertminderungen werden erfolgswirksam abgeschrieben.

Die Ermittlung des beizulegenden Wertes erfolgt für wie Anlagevermögen bilanzierte Aktien und Aktienfonds mittels des EPS-Verfahrens (EPS = earnings per share), eines Ertragswertverfahrens je Aktie auf Basis der von unabhängigen Analysten geschätzten jährlichen Gewinnerwartungen oder der darüber liegenden Marktwerte. Sofern der EPS-Wert über 120 % des Marktwertes liegt, erfolgt eine Deckelung bei diesen 120 %. Dabei werden bei Bedarf zusätzliche pauschale Abschläge vorgenommen.

Das Verfahren zur Ermittlung des beizulegenden Wertes für wie Anlagevermögen bilanzierte Rentenspezialfonds wurde zum 31.12.2017 geändert, so dass nun die Renten zu fortgeführten Anschaffungskosten anstelle des Nennwerts im beizulegenden Zeitwert angesetzt werden. Bei Default-Titeln und Titeln, deren Marktwert kleiner 50 % des Nominals ist, wird der niedrigere Marktwert herangezogen. Diese Änderung ist in Bezug auf die Regelungen des § 341c Abs. 3 HGB sachgerecht vor dem Hintergrund, dass zukünftig auch in Spezialfonds mit Agien investiert wird. Aufgrund der Umstellung auf die fortgeführten Anschaffungskosten wird keine außerplanmäßige Abschreibung verhindert.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen, übrige Ausleihungen sowie Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (§ 341c HGB). Dabei werden die Kapitalanlagen bei Erwerb mit dem Kaufkurs angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zum Rückzahlungsbetrag wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode über den Zeitraum bis zum Zeitpunkt des ersten Call-, Zinsanpassungs- oder Verlängerungstermins amortisiert. Abschreibungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip vorgenommen, falls am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem beizulegenden Wert liegen.

Bei den im Bestand befindlichen strukturierten Produkten handelt es sich um Finanzinstrumente, bei denen das Basisinstrument in Form eines Fixed-Income Kassainstrumentes mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist. Die Bilanzierung erfolgt grundsätzlich einheitlich zu fortgeführten Anschaffungskosten nach den Vorschriften der wie Anlagevermögen bilanzierten Kapitalanlagen.

Zur Absicherung des Wiederanlagerisikos hat die Gesellschaft Zinstermingeschäfte (Vorkäufe) abgeschlossen. Diese Vorkäufe stellen bilanzunwirksame schwebende Geschäfte dar, die mit der Barwertmethode auf Basis von Zinsstrukturkurven bewertet werden. Für Vorkäufe und damit abgesicherte Grundgeschäfte werden keine Bewertungseinheiten gebildet. Da eine „Buy and hold“-Strategie für die den Vorkäufen zu Grunde liegenden Grundgeschäfte verfolgt wird und diese wie Anlagevermögen bilanziert werden, wird auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung im Falle negativer Wertentwicklungen verzichtet.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft zur Absicherung des Zinsänderungs- und Spreadrisikos sog. Vorverkäufe (Forward Sales) abgeschlossen. Diese werden ebenfalls mit der Barwertmethode auf Basis von Zinsstrukturkurven bewertet. Aufgrund der vergleichbaren Risiken der designierten Grundgeschäfte (Forwardkurse) und der Sicherungsinstrumente (Forward Sales) wurden diese als Bewertungseinheiten gem. § 254 HGB zusammengefasst. Die Bilanzierung erfolgt für sich gegenseitig ausgleichende Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko nach der Einfrierungsmethode gem. § 254 HGB. Ineffektive Wertänderungen aus abgesicherten Risiken sowie Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken werden imparitätisch nach den GoB behandelt. Bei den nach § 254 HGB gebildeten Bewertungseinheiten handelt es sich um Micro-Hedges mit einer beabsichtigten Restlaufzeit von 3 bis 6 Monaten.

Die prospektive Effektivität der Sicherungsbeziehung wird mit der Critical Term Match Methode und die retrospektive Effektivität mit der Dollar-Offset-Methode nachgewiesen.

Im Rahmen des Wertaufholungsgebots (§ 253 Abs. 5 HGB) werden auf Vermögensgegenstände, die in früheren Jahren abgeschrieben wurden, erfolgswirksame Zuschreibungen bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungswerte oder auf einen niedrigeren Verkehrs- oder Börsenwert vorgenommen, wenn die Gründe für die dauerhafte Wertminderung entfallen sind und eine Werterholung eingetreten ist.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden mit dem Zeitwert bilanziert.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer werden mit den Nominalwerten, vermindert um Pauschalwertberichtigungen, angesetzt.

Alle übrigen Aktivposten werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Passiva

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden für jede Versicherung einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats und der Zahlweise auf den Bilanztermin abgegrenzt. Die steuerlichen Bestimmungen werden beachtet.

Die Deckungsrückstellung für den Altbestand im Sinne von § 336 VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wird nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen berechnet. Im aufsichtsrechtlichen Altbestand wird eine geschäftsplanmäßig genehmigte Reservestärkung nach der Methode des § 5 Abs. 4 DeckRV mit einem Referenzzinssatz von 2,36 % berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung für den Neubestand wird unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 235 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet.

Gemäß zweier Verlautbarungen der BaFin vom 16.10.2015 und 3.11.2015 akzeptiert die Aufsichtsbehörde den Ansatz von Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten bei der Berechnung der Zinszusatzreserve ab dem Geschäftsjahr 2015 auch für solche Versicherungen, die keine nachreservierten Rentenversicherungen sind. Die Gesellschaft nutzt diese Möglichkeit. Es wird jedoch nicht die von der BaFin seit 2016 eingeführte grundsätzliche Möglichkeit genutzt, Sicherheitsmargen bezüglich Biometrie und Kosten anzupassen.

Für Tarife mit geschlechtsunabhängigen Rechnungsgrundlagen („Unisex-Tarife“) untersucht die Gesellschaft regelmäßig die tatsächlichen Mischungsverhältnisse der Geschlechter im Bestand, um festzustellen, ob die geschlechtsunabhängig berechnete Deckungsrückstellung als angemessen angesehen werden kann. Dabei werden die Hinweise der Deutschen Aktuarvereinigung und des Instituts der Wirtschaftsprüfer beachtet. Die Deckungsrückstellung für die Unisex-Tarife im Bestand enthält eine angemessene Sicherheitsmarge bezüglich des Geschlechtermischungsverhältnisses.

Die Deckungsrückstellungen werden für jede Versicherung einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats auf den Bilanztermin abgegrenzt.

Angabe zu den bei der Ermittlung der Deckungsrückstellung verwendeten Methoden und Berechnungsgrundlagen gemäß § 52 Nr. 2a RechVersV zur Ermittlung maßgeblicher Teilbestände (97 %) der Deckungsrückstellung:

Versicherungsbestand	Tarifgeneration	Ausscheide- ordnung	Zinssatz ⁴⁾
Rentenversicherungen	2017	DAV 2004 R Unisex	0,90 %
		GSt 87/93 mod Unisex	0,90 %
	2015	DAV 2004 R Unisex	1,25 %
		GSt 87/93 mod Unisex	1,25 %
	2013	DAV 2004 R Unisex	1,75 %
		GSt 87/93 mod Unisex	1,75 %
	2012	DAV 2004 R	1,75 %
		GSt 87/93 mod	1,75 %
	2012	DAV 2004 T	1,75 %
	2007, 2008	DAV 2004 R	2,25 %
		GSt 87/93 mod	2,25 %
	2007, 2008	DAV 2004 T	2,25 %
	2005, 2006	DAV 2004 R	2,75 %
		GSt 87/93 mod	2,75 %
	2005, 2006	DAV 2004 T	2,75 %
	2000, 2002	DAV 2004 R-B13 ¹⁾	3,25 %
		GSt 87/93 mod	3,25 %
	Berufsunfähigkeitsversicherungen	2013	DAV 1997 I Unisex ²⁾
GSt 87/93 mod Unisex			1,75 %
2012		DAV 1997 I ²⁾	1,75 %
		GSt 87/93 mod	1,75 %
2007, 2008, 2009		DAV 1997 I ²⁾	2,25 %
		GSt 87/93 mod ³⁾	2,25 %
2005, 2006		DAV 1997 I ²⁾	2,75 %
		GSt 87/93 mod ³⁾	2,75 %
2002		DAV 1997 I ²⁾	3,25 %
		GSt 87/93 mod ³⁾	3,25 %

¹⁾ oder wertgleiche Ansätze

²⁾ z. T. modifiziert um Zu- und Abschläge für Risikogruppen

³⁾ bei den Tarifen KDE abweichend DAV1994T.

⁴⁾ Von der Reservestärkung aufgrund der Neubewertung der Deckungsrückstellung in Abhängigkeit vom aktuellen Zinsniveau sind genau die Versicherungsverträge im Altbestand mit einem Rechnungszins von 3,25 % oder 2,75 % sowie im Neubestand mit einem Rechnungszins von größer gleich 2,25 % betroffen. Im Rahmen der Neubewertung werden 2,36 % für den Altbestand und 2,21 % für den Neubestand als Referenzzinssatz berücksichtigt.

Erläuterungen

Für ab 2005 abgeschlossene Rentenversicherungen wird die Sterbetafel DAV 2004 R bzw. die entsprechende Unisex-Sterbetafel verwendet. Der Einschätzung der DAV für das Erlebensfall- und Langlebigkeitsrisiko folgend erfolgt für den bis 2004 abgeschlossenen Rentenversicherungsbestand eine Reservestärkung auf der Basis der Sterbetafel DAV 2004 R-B13 unter Berücksichtigung von Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten.

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft wird einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Dies geschieht für den Neubestand nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden. Für den Altbestand im Sinne von § 2 Nr. 2 Buchst. A der Verordnung über die Mindestbeitragsrückerstattung in der Lebensversicherung erfolgt dies nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen.

Bei beitragsfreien Versicherungen und Versicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer wird zusätzlich eine Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Zeiten gebildet. Ihre Höhe richtet sich nach den hierfür kalkulatorisch angesetzten Zuschlägen, da diese nach heutigem Kenntnisstand ausreichend bemessen sind. Für beitragspflichtige Versicherungen ist auf Grund der vorsichtigen Prämienkalkulation eine Verwaltungskostenrückstellung grundsätzlich nicht erforderlich. Die gesetzlichen Anforderungen an Mindestwerte für Rückkaufwerte und beitragsfreie Versicherungssummen sind berücksichtigt.

Die Zillmerung der Versicherungen des Altbestands erfolgt nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen. Versicherungen des Neubestands werden mit bis zu 25 % der Beitragssumme gezillmert.

Für zugewiesene Rentenzuwächse berechnet sich die Deckungsrückstellung grundsätzlich mit den Ausscheideordnungen und Zinssätzen, die auch bei der Deckungsrückstellung der entsprechenden garantierten Leistung verwendet werden. Bei Leistungserhöhungen aus der laufenden Gewinnbeteiligung konventioneller Rentenversicherungen der Tarifgeneration 2015 und 2017 beträgt davon abweichend der Rechnungszinssatz 0 %.

Für dynamische Anpassungen berechnet sich die Deckungsrückstellung grundsätzlich mit den gleichen Rechnungsgrundlagen, die auch für die Grundversicherung verwendet werden.

Die Angabe gemäß § 28 Abs. 8 Nr. 4 RechVersV erfolgt auf der Seite 46.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie Rückkäufe, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen wird für die in Frage kommenden Versicherungen einzeln ermittelt. Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsleistungen werden in steuerlich zulässiger Höhe berücksichtigt

Für Versicherungsfälle, die bis zum 31. Dezember eingetreten, aber zu diesem Zeitpunkt dem Unternehmen noch nicht bekannt sind, erfolgt eine Ermittlung einer Schadenrückstellung für unbekannte Spätschäden auf Basis von Vergangenheitsdaten.

Die Deckungsrückstellung zu Versicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, folgt dem Aktivwert (vgl. hierzu auch die Erläuterungen zur Aktivseite auf Seite 34).

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die übrigen Rückstellungen werden nach dem Grundsatz vorsichtiger kaufmännischer Bewertung mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die erwarteten Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst.

Passive latente Steuern aufgrund handels- und steuerrechtlich voneinander abweichender Bewertungsgrundsätze werden mit aktiven latenten Steuern aus Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz verrechnet.

Etwaige über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit einem Körperschaftsteuersatz (inkl. Solidaritätszuschlag) von 15,825 % und einem Gewerbesteuersatz von 16,625 %.

Die effektive Steuerquote liegt insbesondere aufgrund steuerbilanzieller Mehrgewinne in den Bereichen der Kapitalanlagen und Sonstigen Rückstellungen sowie außerbilanzieller Hinzurechnungen über der nominellen Steuerquote.

Alle übrigen Passivposten werden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Beteiligungsgeschäft

Bei Mitversicherungsverträgen werden die von den federführenden Gesellschaften übernommenen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung – ihrem wirtschaftlichen Charakter folgend – für unseren Anteil den entsprechenden Jahresabschlussposten zugeordnet. Für einige Verträge wird die anteilige Deckungsrückstellung nach einem Näherungsverfahren berechnet. Für diese Verträge stehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses entsprechend den Mitteilungen der Konsortialführer nur unterjährige Werte zur Verfügung, die nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden auf den 31.12.2017 fortgeschrieben werden.

Währungsumrechnung

Soweit die Bilanzposten oder Posten der Gewinn- und Verlustrechnung Beträge in ausländischer Währung enthalten, werden sie zu den amtlich fixierten Mittelkursen vom 31.12.2017 bzw. zu Transaktionskursen umgerechnet. Eine Ausnahme bilden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die zu fortgeführten historischen Kursen angesetzt werden.

Hinweis:

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Abschlusses, werden die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und der Anhang in Tausend Euro aufgestellt. Die einzelnen Posten, Zwischen- und Endsummen werden kaufmännisch gerundet. Die Addition der Einzelwerte kann daher von den Zwischen- und Endsummen um Rundungsdifferenzen abweichen.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

Entwicklung des Aktivpostens A.I. bis II. im Geschäftsjahr 2017

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen
TEUR			
A. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	26.046	1.860	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.898	0	0
3. Beteiligungen	450	0	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.050	0	0
Summe A.I.	32.444	1.860	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	43.152	36.543	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	828.581	144.999	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	446.375	65.471	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	243.621	6.217	0
c) Darlehen und Vorauszahlung auf Versicherungsscheine	12	0	0
d) übrige Ausleihungen	3.034	0	0
Summe A.II.	1.564.774	253.229	0
Summe	1.597.218	255.089	0

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
-450	0	0	27.456
0	0	0	4.898
0	0	0	450
0	0	0	1.050
-450	0	0	33.854
-6.190	0	-2	73.503
-59.092	0	0	914.487
-46.370	0	0	465.476
-25.775	0	0	224.062
0	0	0	12
-1.000	0	0	2.034
-138.428	0	-2	1.679.574
-138.878	0	-2	1.713.428

Zu A. Kapitalanlagen

Ermittlung der Zeitwerte der Kapitalanlagen

Bei der Ermittlung der Zeitwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden die mit dem Ertragswertverfahren bewerteten Unternehmen standardmäßig mit dem Barwert der künftigen ausschüttbaren finanziellen Überschüsse (Ertragswert) angesetzt. Für Gesellschaften, die nicht am Kapitalmarkt gehandelte Eigenkapitalinstrumente zeichnen, erfolgt die Bewertung analog zu vergleichbaren Instrumenten, die direkt gehalten werden, mithilfe des Net-Asset-Value-Verfahrens. Für zeitnah zum Bilanzstichtag erworbene Gesellschaften wird, sofern sich keine Indizien für eine Wertminderung ergeben, ebenfalls der Zeitwert mit dem Zugangsbuchwert, der den Kaufpreis repräsentiert, gleichgesetzt.

Die Zeitwerte der Ausleihungen an verbundene Unternehmen, sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, der Namensschuldverschreibungen, der Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie der übrigen Ausleihungen werden mit Hilfe von produkt- und ratingspezifischen Renditekurven ermittelt. Bei den verwendeten Spread-Aufschlägen werden spezielle Ausgestaltungen wie zum Beispiel Einlagensicherung, Gewährträgerhaftung oder Nachrangigkeit berücksichtigt. Die Zeitwertermittlung bei Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheinforderungen beruht auf eigenen Berechnungen der Gesellschaft nach finanzmathematischen Methoden.

Die Zeitwertermittlung der sonstigen Kapitalanlagen erfolgt grundsätzlich auf Basis des Freiverkehrswertes gem. § 56 RechVersV. Für Kapitalanlagen, die einen Markt- oder Börsenpreis haben, gilt als Zeitwert der Wert zum Bilanzstichtag bzw. zum letzten diesem Zeitpunkt vorausgehenden Tag, für den ein Markt- oder Börsenpreis feststellbar war. In Fällen, in denen keine Börsennotierungen vorliegen, werden Renditekurse auf Basis an Finanzmärkten etablierter Preisbildungsverfahren eingesetzt. Kapitalanlagen werden höchstens mit ihrem voraussichtlich realisierbaren Wert unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht bewertet.

Kapitalanlagen

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo
TEUR			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	27.456	29.490	2.034
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.898	5.577	679
3. Beteiligungen	450	466	16
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.050	1.050	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	73.503	79.970	6.467
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	914.487	1.122.915	208.428
3. Sonstige Ausleihungen	691.584	767.978	76.394
Summe	1.713.428	2.007.447	294.020

Die genannten Werte gelten gleichermaßen für die in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen.

Bei folgenden zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen liegen die Zeitwerte unter den Buchwerten:

Kapitalanlagen mit stillen Lasten

	Buchwerte	Zeitwerte
TEUR		
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9	1
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	82.150	80.122
Sonstige Ausleihungen	183.947	169.538
Summe	266.107	249.661

Hierbei wurden unter Anwendung von § 341b Absatz 2 HGB durch die Widmung als Anlagevermögen Abschreibungen in Höhe von 2.036 (1.190) TEUR vermieden. Es handelt sich nach unserer Einschätzung um vorübergehende Wertminderungen.

Zu A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	Anteil am Kapital ²⁾
Name und Sitz der Gesellschaft			
TEUR			
Inland:			
Infrastruktur Ludwigsau GmbH & Co. KG, Köln ³⁾	33.882	218	100,0 %
Talanx Infrastructure France 2 GmbH, Köln ³⁾	98.804	880	100,0 %
Talanx Infrastructure Portugal GmbH, Köln ³⁾	52.295	70	70,0 %
TD Real Assets GmbH & Co. KG, Köln	438.821	4.720	6,0 %
Windfarm Bellheim GmbH & Co. KG, Köln ³⁾	66.528	1.470	85,0 %
Windpark Mittleres Mecklenburg GmbH & Co. KG, Köln ³⁾	13.493	1.877	100,0 %
Windpark Parchim GmbH & Co. KG, Köln ³⁾	11.523	146	100,0 %
Windpark Rechain GmbH & Co. KG, Köln ³⁾	35.923	334	100,0 %
Windpark Sandstruth GmbH & Co. KG, Köln ³⁾	6.896	103	100,0 %
Ausland:			
Credit Suisse (Lux) Gas Transit Switzerland SCS, Luxemburg	132.691	7.264	1,2 %
Credit Suisse (Lux) Wind Power Central Norway SCS, Luxemburg ³⁾	80.916	7.632	10,9 %
Ferme Eolienne du Confolentais SNC, Toulouse ³⁾	21.832	265	100,0 %
Indaqua – Indústria e Gestão de Águas S.A., Matosinhos ³⁾	-5.732	6.291	49,9 %
Le Chemin de La Milaine S.N.C., Lille ³⁾	16.835	-665	100,0 %
Les Vents de Malet S.N.C., Lille ³⁾	17.118	-763	100,0 %
Le Louveng S.A.S., Lille ³⁾	528	-90	100,0 %

¹⁾ nach Ergebnisabführung und Ausschüttung; Angaben basierend auf dem letzten vorliegenden testierten Jahresabschluss

²⁾ Die Anteilsquote ergibt sich aus der Addition aller direkt und indirekt gehaltenen Anteile nach Maßgabe des § 16 Absatz 2 und 4 AktG.

³⁾ indirekt gehaltener Anteilsbesitz

Zu A.II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Posten A.II.1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet nachfolgend aufgeführte Anteile an inländischen Investmentvermögen, an denen unsere Gesellschaft jeweils über 10 % der Anteile hält. Es bestehen keine Einschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo	Ausschüttung
TEUR				
Rentenfonds:				
Ampega Unternehmensanleihenfonds	29.811	35.438	5.627	436

Vorverkäufe

Im Rahmen der Bewertungseinheiten wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert in Höhe von 26.947 TEUR zur Absicherung von Risiken einbezogen. Insgesamt wurde ein Nominalvolumen in Höhe von 35.269 TEUR mit diesen Bewertungseinheiten abgesichert.

Zu B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

	31.12.2017			31.12.2016		
	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks
EUR						
1000plus Deutschland	509.553,251	52,45	26.726.068	485.875,475	49,49	24.045,977
ACMBernstein-Gl.Gr.Tr. A	8.561,612	60,85	520.949	8.385,956	51,28	430.039
ACMBernstein-Int.Health Care A	20,715	257,93	5.343	0,850	233,69	199
Ampega EurozonePlus Aktienfon.	2.231,601	114,00	254.403	2.223,868	99,88	222.120
Ampega ISP Dynamik	48,895	119,94	5.864	0,000	0,00	0
Ampega Substanzwerte P (t)	0,000	0,00	0	49,691	108,27	5.380
Basket 100	27,325	207,99	5.683	24,574	196,10	4.819
Basket 20	191,441	136,03	26.042	71,131	135,29	9.623
Basket 40	121,242	150,76	18.278	112,530	147,35	16.581
Basket 60	449,906	163,15	73.402	436,450	157,15	68.588
Basket 80	193,700	192,87	37.359	187,188	181,96	34.061
BGF-Emerging Europe Fund A2	91,339	103,42	9.446	97,118	95,88	9.312
BGF-Global Allo. A2	691,445	47,66	32.952	702,670	48,06	33.774
C-Quadrat Strategie AMI	69.362,710	61,42	4.260.258	67.044,303	57,86	3.879.183
C-QUADRAT Strategie AMI EUR P1	68.358,823	61,50	4.204.068	67.920,412	57,86	3.929,875
Zwischensumme			36.180.115			32.689,531

	31.12.2017			31.12.2016		
	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks
EUR						
Übertrag			36.180.115			32.689.531
Dt. Inv. I-Top Dividend LD	2.916,812	164,14	478.766	2.597,192	168,27	437.029
Dt. Quant Eq. Low Vol. Eur. NC	33,117	257,56	8.530	29,699	236,77	7.032
DWS Akkumula	63,414	1.037,76	65.809	62,550	961,03	60.112
DWS FlexPension II 2026	5,610	142,83	801	6,047	143,70	869
DWS FlexPension II 2027	11,189	142,55	1.595	20,200	144,89	2.927
DWS FlexPension II 2030	1,064	132,42	141	1,159	135,39	157
DWS FlexPension II 2031	12,419	134,34	1.668	105,891	137,02	14.509
DWS FlexPension II 2032	76,880	134,09	10.309	0,000	0,00	0
DWS Funds-Global Protect 80	18,894	154,12	2.912	0,000	0,00	0
DWS German Equities Typ O	1.664,434	468,35	779.538	1.632,335	394,09	643.287
DWS Top Dividende LD	1,001	119,11	119	1,001	121,53	122
DWS Vermögensbildungsfds R	77.267,827	18,88	1.458.817	74.982,118	19,11	1.432.908
Fidelity European A Acc EUR	691,223	16,10	11.129	650,345	14,71	9.567
Fidelity European Growth A	263,591	15,36	4.049	245,434	14,51	3.561
HSBC GIF Indian Equity A Dis	12,812	172,60	2.211	8,073	137,39	1.109
Invesco Global Eq.Income A USD	15.020,584	60,83	913.708	14.733,208	56,66	834.789
Invesco Pacific Equity A	31,958	57,80	1.847	2,953	47,66	141
M&G Inv. M&G Global Themes A	240,172	32,75	7.865	204,915	29,50	6.044
MFK Chance	348.712,196	52,03	18.143.496	343.410,190	48,49	16.651.960
MFK Chance Bertelsmann	40.822,751	52,88	2.158.707	39.642,746	50,06	1.984.516
MFK Sicherheit	101.901,038	36,82	3.751.996	98.354,421	36,41	3.581.084
MFK Substanz	150,926	105,85	15.976	152,461	105,22	16.042
MFK Top Mix Strategie	16.373,282	49,79	815.226	15.128,381	47,28	715.270
MFK Total Return	578,844	26,62	15.409	44,221	26,55	1.174
MFK Wachstum	203.299,965	41,21	8.377.992	197.338,062	39,42	7.779.066
MFK Zukunft	51.896,909	39,31	2.040.067	50.200,182	36,10	1.812.227
POSTBANK BALANCED	38,074	57,45	2.187	60,478	56,66	3.427
POSTBANK EUROPA	12,295	49,29	606	12,295	45,70	562
Postbank TriSelect	22,351	46,31	1.035	22,351	45,09	1.008
SEB EuroCompanies	348,851	65,45	22.832	331,344	59,28	19.642
SEB Global Chance/Risk D	122,967	67,30	8.276	121,003	60,34	7.301
Templeton Growth EUR A acc	212.105,559	17,48	3.707.605	209.596,914	17,17	3.598.779
terrAssisi Renten I AMI P	285,388	96,56	27.557	265,408	97,31	25.827
Warburg Classic Fonds	1.490,702	19,16	28.562	1.351,881	17,72	23.955
Warburg Value Fund A	447,830	331,88	148.626	426,688	305,26	130.251
Summe			79.196.083			72.495.785

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

Zu A.I. Eingefordertes Kapital

Das als „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesene Grundkapital beträgt 5.000 (5.000) TEUR und ist eingeteilt in 5.000 Stammaktien à 1.000 EUR.

Zu A.III. Gewinnrücklagen

TEUR	
gesetzliche Rücklage	362
andere Gewinnrücklagen	74
Summe	435

Zu B.II. Deckungsrückstellung

Der Aufwand für die Bildung der Zinszusatzreserve belief sich im Berichtsjahr auf 15.615 (23.989) TEUR. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft einen Stand der Zinszusatzreserve von 154.146 (138.531) TEUR aus.

Zu B.IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

TEUR	
Stand 1.1.2017	33.423
Entnahme für Gewinnanteile an Versicherungsnehmer	-3.923
Zuweisungen aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	14.010
Stand 31.12.2017	43.510

Bei der Entnahme für Gewinnanteile des Geschäftsjahres 2017 wurde keine Direktgutschrift berücksichtigt.

Zusammensetzung der RfB

TEUR	
RfB, die auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge entfällt	
a) laufende Gewinnanteile	2.447
b) Schlussgewinnanteile und Schlusszahlungen	583
c) Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	26
d) Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach c)	1
RfB, die auf den Teil des Schlussgewinnanteilfonds entfällt, der	
e) für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach a)	76
f) für die Finanzierung von Schlussgewinnanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach den Buchstaben b) und e)	16.104
g) für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach c)	735
h) ungebundener Teil der RfB (ohne a) bis g)	23.537
Summe	43.510

Für das Jahr 2018 wurden die auf den Seiten 54 bis 60 genannten Gewinnanteilsätze festgesetzt. Bei der Festlegung der laufenden Gewinnanteile wurde keine Direktgutschrift berücksichtigt.

Die Teilrückstellung des so genannten Schlussgewinnanteilsfonds gemäß f) wird prospektiv und einzelvertraglich gerechnet und enthält für jedes zurückgelegte Versicherungsjahr die mit 1,6 % diskontierten anteiligen Schlussgewinnanteile. Dabei wird mit „anteilig“ der Anteil der bereits zurückgelegten Versicherungsdauer an der gesamten Versicherungsdauer bzw. der gesamten Aufschubzeit bei Rentenversicherungen bezeichnet. Hiervon abweichend wird für kapitalbildende Versicherungen ohne Schlussgewinnkonto der anteilige Endwert nach Maßgabe des zeitlichen Verlaufs der Entstehung der Erträge der Kapitalanlagen ermittelt. Die zum 31.12.2017 nach dem § 28 RechVersV in der Fassung vom 1.1.2016 ermittelten Werte des Schlussgewinnanteilsfonds werden nach Berücksichtigung der festgelegten Schlussgewinnanteile und Bestandsveränderungen dabei nicht unterschritten. Für Versicherungen mit Schlussgewinnkonto enthält der Schlussgewinnanteilsfonds grundsätzlich das jeweilige Schlussgewinnkonto, sofern positiv. Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten werden nicht angesetzt. Für im Folgejahr vorzeitig fällig werdende Schlussgewinnanteile werden entsprechende Abzüge gemacht, die als Schlussgewinnanteile festgelegt werden.

Zu D.II. Sonstige Rückstellungen

	31.12.2017	31.12.2016
TEUR		
a) zu zahlende Kosten und Gebühren	265	532
b) zu zahlende Steuerzinsen	133	133
d) Rückstellung für Jahresabschlusskosten	112	112
e) übrige Rückstellungen	117	53
f) übrige Personalverpflichtungen	34	28
Summe	662	857

Zu F. Andere Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten, die eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren haben.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. Versicherungstechnische Rechnung

Zu I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2017	2016
TEUR		
Einzelversicherungen	39.492	39.928
Kollektivversicherungen	62.220	72.975
laufende Beiträge	101.329	112.336
Einmalbeiträge	383	567
Pensionsversicherungen	99.111	110.180
Sterbegeldversicherungen	0	0
Zusatzversicherungen	2.600	2.723
aus Verträgen:		
ohne Gewinnbeteiligung	0	0
mit Gewinnbeteiligung	88.570	99.058
bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	13.141	13.845
Summe	101.712	112.903

Zu I.3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2017	2016
TEUR		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	45.092	45.323
– davon aus verbundenen Unternehmen: 153 (153) TEUR		
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	22.899	12.894
Summe	67.990	58.217
– davon: Erträge aus Kapitalanlagen, die auf Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen entfallen		
laufende Kapitalerträge	52	52
Summe	52	52

Zu I.9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

	2017	2016
TEUR		
a) Abschlussaufwendungen	694	2.705
b) Verwaltungsaufwendungen	1.273	2.503
Summe	1.968	5.208
c) davon ab:		
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	-135	-39
Summe	1.833	5.169

Zu I.10. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2017	2016
TEUR		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	2.042	1.999
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	2	1
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	42	28
Summe	2.085	2.028
– davon: Aufwendungen aus Kapitalanlagen, die auf Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen entfallen		
Verwaltungsaufwendungen	110	109
Summe	110	109

Die Abschreibungen auf Kapitalanlagen enthalten außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs.3 Satz 1 HGB von 2 (1) TEUR.

Rückversicherungssaldo für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft¹⁾

	2017	2016
TEUR		
Verdiente Beiträge	-1.058	-1.042
Aufwendungen für Versicherungsfälle	284	768
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	135	39
Veränderung der Deckungsrückstellung	147	56
Saldo	-492	-178

¹⁾ Bei der Darstellung des Rückversicherungssaldos sind Aufwandsposten mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Zu II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu 1. Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge beinhalten insbesondere Erträge aus Provisionen in Höhe von 960 (1.058) TEUR, Erträge aus Dienstleistungen in Höhe von 738 (1.034) TEUR, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1 (34) TEUR und Zinserträge in Höhe von 8 (10) TEUR. Hierin enthalten sind Währungskursgewinne in geringer Höhe.

Zu 2. Sonstige Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen enthalten hauptsächlich Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 1.445 (1.394) TEUR, Aufwendungen für erbrachte Dienstleistungen in Höhe von 733 (1.049) TEUR und Zinsaufwendungen in Höhe von 35 (82) TEUR. Hierin enthalten sind 0 (67) TEUR Zinsen aus der Aufzinsung von Rückstellungen sowie Währungskursverluste in geringem Umfang.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Verordnung über die Finanzierung des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer jährliche Beiträge von maximal 0,2 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Im Geschäftsjahr wurden keine Beiträge geleistet.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 2.132 TEUR. Falls die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen, werden dem Sicherungsfonds finanzielle Mittel in Höhe von 1 % der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der bereits geleisteten Beiträge zur Verfügung gestellt. Die Gesamtverpflichtung beträgt 19.227 TEUR.

Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung hat unsere Gesellschaft zur Anpassung zukünftiger Liquiditätsströme 2017 und in den Vorjahren Vorkäufe mit einem Abrechnungsbetrag von insgesamt 29.998 TEUR getätigt. Es wurden festverzinsliche Wertpapiere mit Wertstellungen in den Jahren 2019 bis 2020 geordert, die in den Jahren 2032 bis 2046 fällig werden. Der beizulegende Zeitwert der Vorkäufe betrug am Bilanzstichtag 12.243 TEUR.

Für die HDI Pensionskasse AG bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus offenen Einzahlungsverpflichtungen ("Commitment") in Höhe von 13.060 TEUR die aus einem Investitionsprogramm mit einem Zeichnungsvolumen von insgesamt 68.169 TEUR resultieren.

Beteiligungen an unserer Gesellschaft

Die Talanx Deutschland AG, Hannover, hat uns mitgeteilt, dass ihr unmittelbar eine Mehrheitsbeteiligung an der HDI Pensionskasse AG, Köln, (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG) sowie gleichzeitig unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien an der HDI Pensionskasse AG, Köln, (Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 und 3 AktG) gehört.

Konzernabschluss

Die Gesellschaft ist Konzerngesellschaft des HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Hannover, sowie der Talanx AG, Hannover. Der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (Mutterunternehmen des HDI-Konzerns) stellt nach § 341i HGB einen Konzernabschluss auf, in den die Gesellschaft einbezogen wird. Für die Talanx AG als Mutterunternehmen des Talanx-Konzerns ergibt sich daneben die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses aus § 290 HGB, der auf Grundlage von § 315e Absatz 1 HGB gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, erstellt wird. Die Konzernabschlüsse werden im Bundesanzeiger bekanntgegeben.

Gesamthonorare des Abschlussprüfers

Die Vergütung des Abschlussprüfers ist – unterteilt nach Aufwendungen für Prüfungsleistungen, andere Bestätigungsleistungen, Steuerberatungsleistungen und sonstige Leistungen – anteilig in den Konzernabschlüssen des HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V. a. G. und der Talanx AG enthalten. Zusätzlich zur Abschlussprüfung hat der Abschlussprüfer die Beitragsmeldung zum Sicherungsfonds gem. § 7 Abs. 5 SichLVFinV bestätigt.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2017	2016
TEUR		
1. Provisionen der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Geschäft	454	627
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	45	39
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
Summe	500	666

Mitarbeiter

Die HDI Pensionskasse AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 2 und 3 aufgeführt.

Organbezüge

Die Gesamtbezüge der im Berichtsjahr aktiven Vorstandsmitglieder für ihre Tätigkeit in unserer Gesellschaft betragen 45 TEUR. Sofern sie auch Organe anderer Gesellschaften des Talanx-Konzerns sind, erhielten die Vorstandsmitglieder darüber hinaus Bezüge für ihre Tätigkeit in diesen Gesellschaften.

Für ihre frühere Tätigkeit in unserer Gesellschaft erhielten ehemalige Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene keine Bezüge.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für die Tätigkeit in unserer Gesellschaft keine Bezüge.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unserer Gesellschaft nachhaltig beeinflussen würden.

Gewinnverwendung

Insgesamt wird ein Jahresüberschuss von 350 TEUR (0) ausgewiesen, der in gleicher Höhe als Bilanzgewinn der Hauptversammlung zur Beschlussfassung zur Verfügung steht.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Köln, den 19. Februar 2018

Der Vorstand:

Ulrich Rosenbaum

Dr. Michael Pannenberg

Fabian von Löbbbecke

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HDI Pensionskasse AG, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 2. März 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Klitsch
Wirtschaftsprüfer

Klein
Wirtschaftsprüfer

Überschussbeteiligung.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Die Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven erfolgt gemäß § 153 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG). Bewertungsreserven aus direkt oder indirekt gehaltenen festverzinslichen Anlagen und Zinsabsicherungsgeschäften sind dabei nur insoweit zu berücksichtigen, als sie einen etwaigen Sicherungsbedarf aus den Versicherungsverträgen mit Zinsgarantie gemäß § 139 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) überschreiten.

Nach § 153 Abs. 3 VVG hat der Versicherer die Bewertungsreserven mindestens einmal jährlich zu ermitteln und unter Berücksichtigung der geltenden aufsichtsrechtlichen Regelungen den einzelnen Versicherungsverträgen nach einem verursachungsorientierten Verfahren rechnerisch zuzuordnen. Die Höhe der Bewertungsreserven der HDI Pensionskasse AG wird monatlich ermittelt – jeweils zum Handelsschluss des ersten Börsentages eines jeden Kalendermonats (Bewertungsstichtage). Die Bewertungsstichtage der Geschäftsjahre 2017 und 2018 können Sie der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

Bewertungsstichtage	
2017	2018
2.1.2017	2.1.2018
1.2.2017	1.2.2018
1.3.2017	1.3.2018
3.4.2017	3.4.2018
2.5.2017	2.5.2018
1.6.2017	1.6.2018
3.7.2017	2.7.2018
1.8.2017	1.8.2018
1.9.2017	3.9.2018
2.10.2017	1.10.2018
1.11.2017	1.11.2018
1.12.2017	3.12.2018

Bei Beendigung des Vertrags ist im Hamelner Bestand der zum Bewertungsstichtag des aktuellen Monats und im Hamburger und Kölner Bestand der zum Bewertungsstichtag des Vormonats ermittelte Betrag maßgeblich.

Bei Rentenversicherungen in der Anwartschaft erfolgt die Zuteilung nach § 153 Abs. 4 VVG zum Rentenbeginn; auch hier wird der Betrag im Hamelner Bestand zum Bewertungsstichtag des aktuellen Monats und im Hamburger und Kölner Bestand zum Bewertungsstichtag des Vormonats ermittelt.

Bei fälligen Renten werden die Bewertungsreserven anteilig zum Ende jedes Versicherungsjahres zugeteilt und zur Erhöhung der versicherten Leistungen verwendet oder bar ausgezahlt. Sie beruhen auf den Bewertungsreserven zum Bewertungsstichtag 2.10.2017.

Gewinnbeteiligung der Versicherten

Im Folgenden sind die Gewinnanteilsätze bzw. die Erhöhung der Anwartschaft auf Schlussgewinnanteile bei Erleben des Ablaufs für die gewinnberechtigten Versicherungen in Euro dargestellt, die am 31.12.2017 im Bestand waren. Grundsätzlich gelten diese für Zuteilungen ab dem 1.1.2018.

Für aufgeschobene Rentenversicherungen mit planmäßigem Rentenbeginn bis zum 1.3.2018 sowie für Versicherungen im Rentenbezug mit Versicherungstichtag 1.1. bis 1.3. sind für die Gewinnzuteilungen im Jahr 2018 die Gewinnanteilsätze des Jahres 2017 maßgebend.

Die Darstellung der Überschussanteilsätze ist folgendermaßen gegliedert:

I. Rentenversicherungen einschließlich fondsgebundener Versicherungen jeweils vor Rentenbeginn

II. Berufsunfähigkeitsversicherungen als Haupt- oder Zusatzversicherung jeweils vor Rentenbeginn

III. Versicherungen im Rentenbezug

Die Vorjahreswerte sind, sofern sie sich von den Werten für 2018 unterscheiden, in Klammern angegeben.

Der Hamburger Bestand umfasst alle Versicherungen, die nach den Tarifen KDE abgeschlossen wurden.

Der Hamelner Bestand umfasst alle Versicherungen, die am 31.12.2013 zum Bestand der PB Pensionskasse AG gehörten.

Der Kölner Bestand umfasst die anderen Versicherungen.

Die Versicherungen des Hamburger Bestandes werden folgenden Tarifgenerationen zugeordnet:

Tarifgeneration	Bestandsuntergruppen, Gewinnverbände
2007	Bestandsuntergruppen, die mit „12“ enden
2006	Bestandsuntergruppen, die mit „11“ enden
2005	Gewinnverbände, die mit „09“ oder „10“ enden
2002	Sonstige Gewinnverbände

Die Versicherungen des Hamelner Bestandes werden folgenden Tarifgenerationen zugeordnet:

Tarifgeneration	Bestandsuntergruppen, Gewinnverbände, Abrechnungsverbände
2012	Gewinnverband 4 der Bestandsgruppe K sowie der Bestandsgruppe F
2008	Gewinnverbände 3.1 sowie 3.2 der Bestandsgruppe K sowie der Bestandsgruppe F
2007	Gewinnverband 2.1 der Bestandsgruppe K sowie der Bestandsgruppe F
2006	Gewinnverband 1.1 der Bestandsgruppe K sowie der Bestandsgruppe F
2005	Abrechnungsverbände K und F
2002	Abrechnungsverband C (Tarif BPRIC)

Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven

Der Anteilsatz der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven an der Summe aus Schlussgewinnbeteiligung und Mindestbeteiligung wird für Versicherungen des Hamburger und Kölner Bestandes auf 5 % festgesetzt, ansonsten auf 0 %.

Im Folgenden umfassen die Gewinnanteilsätze für die Schlussgewinnbeteiligung stets auch die Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven, ohne dass dies ausdrücklich erwähnt ist.

I. Rentenversicherungen einschließlich fondsgebundener Versicherungen jeweils vor Rentenbeginn

1. Zinsgewinnanteile

Den Rentenversicherungen und fondsgebundenen Rentenversicherungen werden laufende Zinsgewinnanteile zugeteilt, die sich aus den nachfolgend angegebenen %-Sätzen als Anteil des Deckungskapitals der Stammversicherung und als Anteil des Deckungskapitals des Rentenzuwachses ergeben.

Bestand	Tarifgeneration	Satz in %
Fondsgebundene Hamburger Versicherungen ¹⁾³⁾	alle	0
Hamelner Versicherungen ²⁾	alle	0
Kölner AVmG-Versicherungen ¹⁾³⁾	2017	0,03 ⁵⁾
	vor 2017	0 ⁴⁾
Sonstige Versicherungen	alle	0 ⁴⁾

¹⁾ in % des klassischen Deckungskapitals bzw. gewinnberechtigten Garantiekontos

²⁾ in % des konventionellen Deckungskapitals zu Beginn des abgelaufenen Versicherungsjahres; für Tarifgenerationen vor 2005 in % des auf die Altersrente entfallenden Deckungskapitals am Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres, abgezinst mit dem Rechnungszins um ein Jahr

³⁾ monatliche Zuteilungen

⁴⁾ Der Gewinnanteilsatz auf das Deckungskapital der Gewinnbeteiligung in der Tarifgeneration 2015 ist bei AVmG-Versicherungen um 0,103 % und bei sonstigen Versicherungen um 1,25 % erhöht.

⁵⁾ Der Gewinnanteilsatz auf das Deckungskapital der Gewinnbeteiligung ist bei AVmG-Versicherungen um 0,074 % erhöht.

Bei verzinslicher Ansammlung ist die laufende Gesamtverzinsung des Ansammlungsguthabens folgender Tabelle zu entnehmen:

Bestand	Tarifgeneration	Satz ¹⁾
Hamburg	2007	2,25
	2005–2006	2,75
	2002	3,25
Hameln	alle	0

¹⁾ in % des Ansammlungsguthabens

2. Kosten- und Risikogewinnanteile

Fondsgebundene Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen erhalten einen Risikogewinn von 25 % der gewinnberechtigten Risikoprämie.

3. Schlussgewinnanteile

Folgende jährliche Erhöhungen der Schlussgewinnanwartschaften werden zugeteilt:

Bestand	Tarifgeneration	Satz in %	Bezugsgröße	
Hamburg	Rentenversicherung	alle	0 Jahresrente	
	Fondsgebundene Versicherungen ¹⁾	alle	0 Deckungskapital ⁴⁾	
Hameln	2012		0 wie LGA ⁵⁾	
			0 Prämiensumme ⁷⁾	
	2008		0 wie LGA ⁵⁾	
		0,09 (0,105) ⁶⁾	Prämiensumme ⁷⁾	
	2007		0 wie LGA ⁵⁾	
		0,18 (0,21)	Prämiensumme ⁷⁾	
	2006		0 wie LGA ⁵⁾	
			0 Prämiensumme ⁷⁾	
	2005		0 wie LGA ⁵⁾	
		0,18 (0,21)	Prämiensumme ⁷⁾	
Köln	AVmG-Versicherungen ¹⁾	2017	0,041 wie LGA ²⁾	
			0,145 SGB ³⁾	
	2015		0,042 wie LGA ²⁾	
			0,145 SGB ³⁾	
	vor 2015		0 wie LGA ²⁾	
			0 SGB ³⁾	
	sonstige Versicherungen	2015	0,50 wie LGA ²⁾	
			1,75 SGB ³⁾	
		vor 2015	RG 2016 ⁸⁾	0,50 wie LGA ²⁾
				1,75 SGB ³⁾
	sonst		0 wie LGA ²⁾	
			0 SGB ³⁾	

¹⁾ monatliche Zuteilung

²⁾ Bezugsgröße wie für laufende Zinsgewinnanteile

³⁾ erreichte Schlussgewinnbeteiligung nur für nicht fondsgebundene Versicherungen

⁴⁾ Garantie-Deckungskapital zum vereinbarten Rentenbeginn

⁵⁾ Bezugsgröße wie für laufende Zinsgewinnanteile inkl. Ansammlungsguthaben; der zinsabhängige Schlussüberschussanteil ergibt sich als Differenz zwischen dem Wert bei Hochrechnung des konventionellen Vertragsteils mit einem um diesen Schlussüberschussatz erhöhten deklarierten Gesamtzinssatz (Rechnungszinssatz einschließlich Zinsüberschussatz) und dem Wert bei Hochrechnung mit dem deklarierten Gesamtzinssatz.

⁶⁾ Für Versicherungen mit garantierter Rente ist abweichend 0 % deklariert.

⁷⁾ für jedes voll zurückgelegte prämienspflichtige Versicherungsjahr

⁸⁾ Bausteine aus SL-Tarifen, dynamischen Anpassungen und Sonderzahlungen zu Versicherungen gegen laufende Prämienzahlung mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen

II. Berufsunfähigkeitsversicherungen vor Rentenbeginn

1. Laufende Gewinnanteile

Die hier beschriebenen Versicherungen kommen in der Ausprägung der Zusatz- und Hauptversicherung vor. Es werden die in der folgenden Tabelle genannten Gewinnanteilsätze zugeteilt:

Bestand	Tarifgeneration	Risikogruppe	Prämiegewinnanteil (Form A) ¹⁾	Bonus (Form B) ²⁾	Gewinnanteil zur Erhöhung der Leis- tungen der Rentenver- sicherung (Form G bzw. übergreifender Bonus) ³⁾
Hamburg	2007		25	–	19 (25)
	2006		25	–	13 (25)
	2005		25	–	21 (25)
	2002		25	–	15 (25)
Hameln			5	–	–
Köln	RG 2016, TG 2009 ⁴⁾		–	75	43
	RG 2016, TG 2008 ⁴⁾		–	43	30
	RG 2016, TG 2002 - 2007 ⁴⁾	A	38	82	45
		sonst	25	43	30
	2015		–	43	30
	2012 - 2013	A1	–	56	36
		sonst	–	43	30
	2009		–	75	30 (43)
	2008		–	43	21 (30)
	2007	A	38	82	32 (45)
		sonst	25	43	21 (30)
	2006	A	38	82	18 (45)
		sonst	25	43	12 (30)
	2005	A	38	82	36 (45)
		sonst	25	43	24 (30)
	2002	A	38	82	23 (45)
sonst		25	43	15 (30)	

¹⁾ in % der Bruttoprämie; im Hamburger Bestand auch für Gewinnbeteiligung in Fonds; im Kölner Bestand erhalten prämienfrei gestellte selbständige BU-Versicherungen sowie Bausteine zur Erhöhung der versicherten Leistung abweichend 45 % (Risikogruppe A) bzw. 30 % (sonstige Risikogruppen)

²⁾ in % der versicherten Leistung

³⁾ in % der gewinnberechtigten Prämie

⁴⁾ BUZ zu Hauptversicherungs-Bausteinen aus SL-Tarifen und dynamischen Anpassungen zu Versicherungen gegen laufende Prämienzahlung mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen

Für prämienfreie Kölner Versicherungen gilt die folgende Tabelle:

Tarifgeneration	Satz ¹⁾ in %
2015	0,30
vor 2015	0

¹⁾ Bezugsgröße ist das gewinnberechtigte Deckungskapital zzgl. Deckungskapital für den bereits gutgeschriebenen Rentenanteil

Bei verzinslicher Ansammlung ist die laufende Gesamtverzinsung des Ansammlungsguthabens folgender Tabelle zu entnehmen:

Bestand	Tarifgeneration	Satz ¹⁾
Hamburg	2007	2,25
	2005–2006	2,75
	2002	3,25

1) in % des Ansammlungsguthabens

2. Schlussgewinnanteile

Es werden keine Erhöhungen von Schlussgewinnanwartschaften zugeteilt.

III. Versicherungen im Rentenbezug

Fällige Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherungen (außer mit Gewinnform S im Kölner Bestand sowie Gewinnform Steigende Gewinnrente im Hamelner Bestand) erhalten folgende Gewinnanteile in % der Vorjahresrente, bei Barauszahlung, Gewinnform H oder V sowie im Hamelner Bestand abweichend in % des Deckungskapitals:

Bestand		Tarifgeneration	Satz ¹⁾
Hamburg	Rentenversicherungen	2015	0,30
		2005–2007	0
		2002 ²⁾	0,30
		2002 ³⁾	0
	Berufsunfähigkeitsversicherungen	alle	0
Hamelner	Rentenversicherungen	2005–2012	0,65 ⁴⁾
			0,30 ⁵⁾
			0 ⁶⁾
	Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen	vor 2005	0
Köln	Rentenversicherungen	2002	0
		2017	0,65
		2015	0,30
		2005–2013 ⁷⁾	0 / 0,30
		2002 ⁸⁾	0 / 0,30
	Berufsunfähigkeitsversicherungen	2015	0,30
	vor 2015	0	

¹⁾ zusätzlich aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven 0,001 % (Hamburger Versicherungen bis Tarifgeneration 2005), 0,002 % (Hamelner Versicherungen; im Vorjahr 0,001 %), 0,003 % (Kölner Versicherungen bis Tarifgeneration 2005) bzw. 0,007 % (Hamburger und Kölner Versicherungen ab Tarifgeneration 2006; im Vorjahr 0,005 %)

²⁾ fondsgebundene Versicherungen nach den am 22.12.2004 genehmigten Bedingungen mit Rentenbeginn ab dem 1.1.2015

³⁾ sonstige Versicherungen

⁴⁾ soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 0,90 % beträgt

⁵⁾ soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 1,25 % beträgt

⁶⁾ soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals mehr als 1,25 % beträgt

⁷⁾ für Bausteine aus SL-Tarifen, dynamische Anpassungen und Sonderzahlungen mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen und für fondsgebundene Versicherungen mit Rentenbeginn ab dem 1.1.2017 gilt jeweils der zweite Wert, ansonsten der erste Wert.

⁸⁾ für Bausteine aus SL-Tarifen, dynamische Anpassungen und Sonderzahlungen mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen gilt jeweils der zweite Wert, ansonsten der erste Wert.

Für Rentenversicherungen mit der Gewinnform S im Kölner Bestand sowie Gewinnform Steigende Gewinnrente im Hamelner Bestand wird die Berechnung des Rentengewinnanteils in der folgenden Tabelle dargestellt und erläutert:

Bestand	Tarifgeneration	Rentenbeginn	Rentengewinnanteil ab	
			dem ersten Rentenbezugsjahr ¹⁾	Beginn eines neuen Rentenbezugsjahrs ²⁾
Hamelner	2005–2012	3)	0,40	0
		4)	0,20	0
		5)	0	0
Kölner	2007, 2008	ab 01.04.2014 ⁶⁾	0	0 / 0,30
		01.04.2012–31.03.2013	0,33	0
		01.04.2011–31.03.2012	0,51	0
		vor 01.04.2011	0,90	0
	2005, 2006	ab 01.04.2013 ⁶⁾	0	0 / 0,30
		01.04.2012–31.03.2013	0,03	0
		vor 01.04.2011	0,60	0
	2002	ab 01.04.2012 ⁷⁾	0	0 / 0,30
		01.04.2007–31.03.2012	0,30	0
		01.04.2006–31.03.2007	0,03	0
		vor 01.04.2004	0,27	0

¹⁾ im Hamelner Bestand in % des Deckungskapitals, im Kölner Bestand in % des 1,05-Fachen des Deckungskapitals

²⁾ in % der Vorjahresrente ggf. einschließlich Rentengewinnanteil, zusätzlich aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven 0,001 % (Hamburger Versicherungen bis Tarifgeneration 2005), 0,002 % (Hamelner Versicherungen; im Vorjahr 0,001 %), 0,003 % (Kölner Versicherungen bis Tarifgeneration 2005) bzw. 0,007 % (Hamburger und Kölner Versicherungen ab Tarifgeneration 2006; im Vorjahr 0,005 %)

³⁾ soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 0,90 % beträgt

⁴⁾ soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals 1,25 % beträgt

⁵⁾ soweit der Rechnungszinssatz für die Berechnung des Deckungskapitals mehr als 1,25 % beträgt

⁶⁾ für Bausteine aus SL-Tarifen, dynamische Anpassungen und Sonderzahlungen mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen und für fondsgebundene Versicherungen mit Rentenbeginn ab dem 1.1.2017 gilt jeweils der zweite Wert, ansonsten der erste Wert.

⁷⁾ für Bausteine aus SL-Tarifen, dynamische Anpassungen und Sonderzahlungen mit den ab 1.11.2016 geltenden Rechnungsgrundlagen gilt der zweite Wert, ansonsten der erste Wert.

Bericht des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand der HDI Pensionskasse AG auf der Basis ausführlicher schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands regelmäßig überwacht. Der Aufsichtsrat trat insgesamt dreimal zu Sitzungen zusammen, um sich vom Vorstand über die Geschäftsentwicklung und Lage des Unternehmens zu informieren und um die anstehenden Beschlüsse zu fassen. In zwei ordentlichen Sitzungen hat sich der Aufsichtsrat über die strategische Ausrichtung und aktuelle Lage der Gesellschaft, den Geschäftsverlauf sowie das Risikomanagement unterrichten lassen. In einer weiteren außerordentlichen Sitzung wurde dem Aufsichtsrat zusätzlich ein Zwischenbericht zur Lage der Gesellschaft sowie zu der Aktualisierung der geplanten Maßnahmen zur Stabilisierung gegeben. Darüber hinaus hat er sich durch regelmäßige Vorlage von Unterlagen unterrichten lassen sowie, wenn erforderlich, einen gemeinsamen telefonischen Austausch aller Aufsichtsratsmitglieder neben den Sitzungen vorgenommen. Die einzelnen Themen hat er intensiv hinterfragt, diskutiert und - soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich - nach eingehender Prüfung und Beratung ein Votum abgegeben.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Der Gesamtvorstand hat den Aufsichtsrat über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds fortlaufend unterrichtet. In den Sitzungen wurde intensiv der Stabilisierungsplan für die Gesellschaft vorgestellt und die einzelnen Maßnahmenpakete erläutert. Der Aufsichtsrat konnte sich ein umfassendes Bild über das Handeln des Vorstands in der aktuellen Lage und die damit verbundene Planung machen.

Der Aufsichtsrat hat als Auswirkung der gemäß 1. Januar 2016 geltenden „Fit & Proper“-Anforderungen für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder und den dazu seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 23.11.2016 ergangenen Merkblättern zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Mitgliedern von Verwaltungs- und Aufsichtsorganen in seiner Sitzung am 14. März 2017 einen Leitfaden für die fachlichen und persönlichen Anforderungen an den Aufsichtsrat verabschiedet. Im Rahmen des regulatorisch vorgesehenen Prozesses hat jedes Aufsichtsratsmitglied eine Selbsteinschätzung seiner fachlichen Kenntnisse in den seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgesehenen Themenfeldern vorgenommen. Die Ergebnisse der Selbsteinschätzung wurden in der Sitzung vom 13. November 2017 im Gremium behandelt. Ferner hat der Aufsichtsrat für die nächste Selbsteinschätzung darüberhinausgehende Themenfelder, darunter u.a. Risikomanagement und IT, festgelegt.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat zustimmungspflichtige Geschäfte vorgelegt, der Aufsichtsrat hat die nach Satzung oder Geschäftsordnung notwendigen Zustimmungen in jedem Fall erteilt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde darüber hinaus vom Vorstand laufend über wichtige Entwicklungen, anstehende Entscheidungen und die Risikolage im Unternehmen unterrichtet.

In den Quartalsberichten gemäß § 90 AktG wurden unter anderem die Entwicklung der Beitragseinnahmen, des eingelösten Neugeschäfts, des Bestands und der Kosten sowie die Themen Kapitalanlage, Risikolage und Marketing/ Vertrieb dargestellt und erläutert.

Der Gesamtvorstand entscheidet gemäß den ihm durch die Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben über die Erstellung und jährliche Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie. Der Aufsichtsrat hat die Risikostrategie für das Geschäftsjahr 2017 im Rahmen der Sitzung vom 14. März 2017 erörtert. Die Aktualisierung der Risikostrategie wurde dem Aufsichtsrat in der Sitzung am 13. November 2017 zur Kenntnis gegeben. Ferner wurde der Aufsichtsrat in den Sitzungen über den aktuellen Stand zum Risikomanagement sowie zur Risikostrategie informiert, er hat sich von der Leistungsfähigkeit des Risikomanagementsystems überzeugt. Dem Aufsichtsrat wurde zudem der quartälliche Risikobericht der Gesellschaft zur umfangreichen Information zugeleitet. Ferner erhielt der Aufsichtsrat bei aktuellem Anlass detaillierte Informationen insbesondere zur Risikolage der Gesellschaft sowie zu den seitens des Vorstands zur Stabilisierung geplanten und ergriffenen Maßnahmen.

Es ist in beiden Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2017 eine Berichterstattung zu den Governance-Funktionen Risikomanagement, Compliance und Revision erfolgt. Damit wurde eine kontinuierliche Berichterstattung über die Entwicklung der Governance der Gesellschaft und die aktuellen Kernthemen gewährleistet.

Insgesamt wird damit den aufsichtsbehördlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement im Rahmen einer guten und verantwortungsbewussten Unternehmensführung und -überwachung entsprochen.

Der Aufsichtsrat sah sich zu keinen Prüfungsmaßnahmen nach § 111 Abs. 2 AktG im Geschäftsjahr veranlasst.

Der Aufsichtsrat konnte sich davon überzeugen, dass der Vorstand seine operativen Schwerpunkte zutreffend gesetzt und geeignete Maßnahmen ergriffen hat. Insgesamt hat der Aufsichtsrat im Rahmen seiner gesetzlichen und satzungsgemäßen Zuständigkeiten an den Entscheidungen des Vorstands mitgewirkt und sich von der Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmensführung überzeugt.

Jahresabschlussprüfung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 sowie der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft worden. Die Bestellung der Abschlussprüfer erfolgte durch den Aufsichtsrat; der Aufsichtsratsvorsitzende erteilte den konkreten Prüfungsauftrag. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; in dem erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wird erklärt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln, und dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Die Abschlussunterlagen und der Prüfungsbericht der KPMG wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet.

Der Abschlussprüfer war bei der Bilanzaufsichtsratssitzung anwesend, er hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss erörtert und auch den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft und zu einzelnen Punkten Nachfragen an den Abschlussprüfer gerichtet. Der Aufsichtsrat ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Prüfungsbericht in Übereinstimmung mit den §§ 317 und 321 HGB steht und keinen Bedenken begegnet. Weiter ist der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis gekommen, dass der Lagebericht die Anforderungen des § 289 HGB erfüllt und in Übereinstimmung mit den Aussagen der Berichte an den Aufsichtsrat gemäß § 90 AktG steht. Der Lagebericht steht auch in Einklang mit der eigenen Einschätzung des Aufsichtsrats hinsichtlich der Lage der Gesellschaft. Dem Lagebericht und insbesondere den dort getroffenen Aussagen zur weiteren Unternehmensentwicklung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat selbst vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sind Einwendungen nicht zu erheben, so dass er sich dem Urteil der Abschlussprüfer angeschlossen und den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss in der Bilanzaufsichtsratssitzung am 5. März 2018 gebilligt hat. Damit ist der Jahresabschluss festgestellt.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung unterrichtet und dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass:

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat schließt sich nach seiner Prüfung dieser Beurteilung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat hat ferner den Bericht des Verantwortlichen Aktuars über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts 2017 zur versicherungsmathematischen Bestätigung sowie den Bericht der Internen Revision für das Geschäftsjahr 2017 und den Compliance-Bericht 2017 jeweils nach Aussprache ohne Beanstandung entgegengenommen.

Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellte Herrn Fabian von Löbbecke mit Wirkung zum 1. April 2017 als weiteres Mitglied in den Vorstand der Gesellschaft.

Mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2016 hat Herr Dr. Marko Brambach sein Mandat als Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gesellschaft niedergelegt. In der außerordentlichen Hauptversammlung am 20. Dezember 2016 wurde Herr Michael Wrona mit Wirkung ab 1. Januar 2017 für die Amtsperiode bis zur ordentlichen Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2019 beschließt, in den Aufsichtsrat gewählt. Der Aufsichtsrat wählte aus seiner Mitte in seiner Sitzung am 14. März 2017 Herrn Wrona zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden.

Dank an Vorstand und Mitarbeiter

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und die im Geschäftsjahr 2017 erfolgreich geleistete Arbeit.

Köln, den 5. März 2018

Der Aufsichtsrat:

Dr. Ulrich Joseph
Vorsitzender

Impressum

HDI Pensionskasse AG

Charles-de-Gaulle-Platz 1

50679 Köln

Telefon +49 221 144-1

Telefax +49 221 144-3833

Amtsgericht Köln, HRB 43158

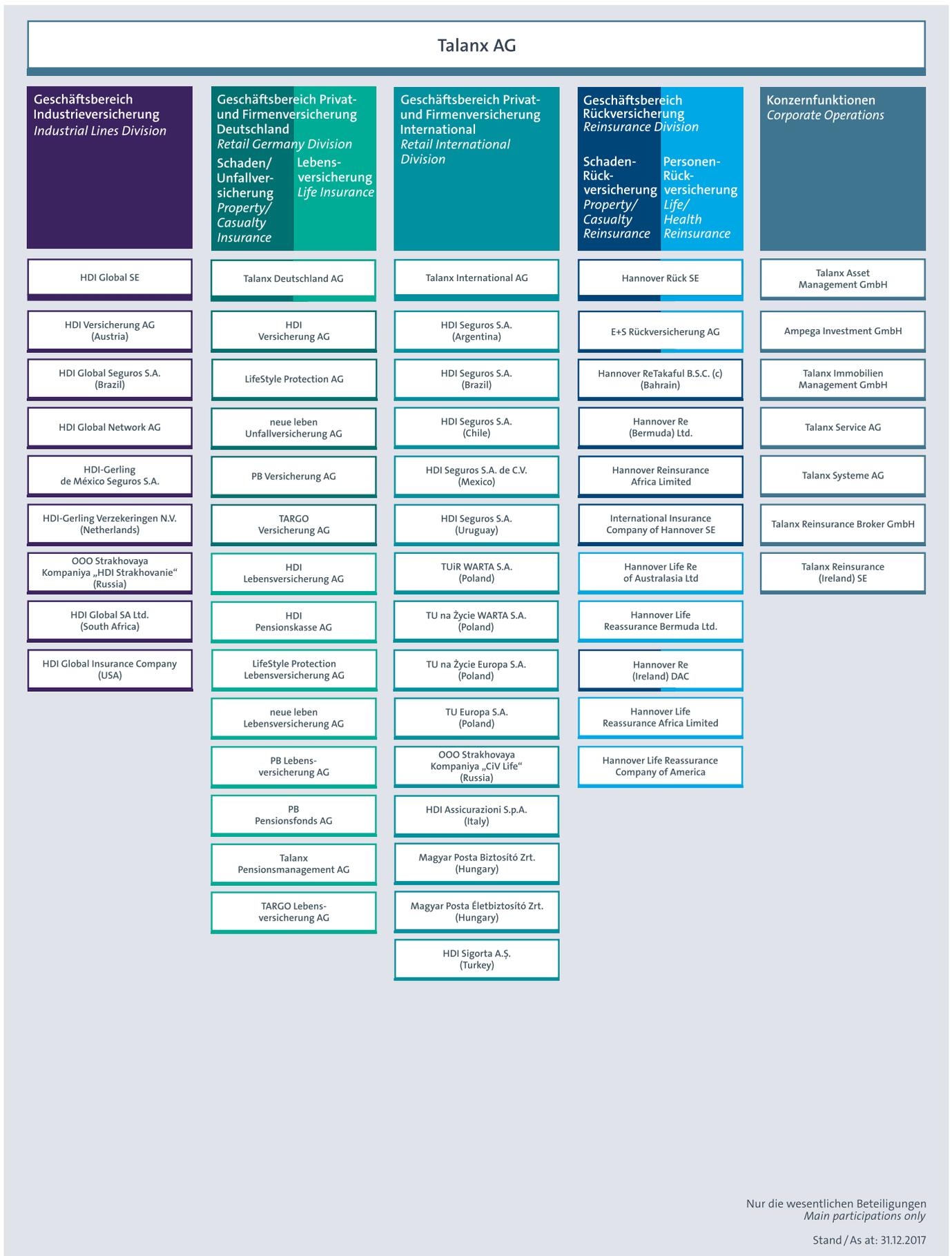
www.hdi.de

Group Communications

Telefon +49 511 3747-2022

Telefax +49 511 3747-2025

gc@talanx.com



HDI Pensionskasse AG
Charles-de-Gaulle-Platz 1
50679 Köln
Telefon + 49 221 144-1
Telefax + 49 221 144-3833
E-Mail: leben.service@hdi.de
www.talanx.com

talánx.